

Vereins-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

sowie der freien eingeschriebenen Gildkassse Nr. 71 vorstehender Gewerbe.

Nr. 49.

Erscheint alle Sonnabend.
Abonnementspreis 1.50 M. pro Quartal
Redaktion und Expedition: Hamburg 22,
Schmalenbuderstr. 17, Fernspr.-Amt 3, 3622.

Hamburg,

Sonnabend, 5. Dezember 1908.

Anzeigen kosten die 4 gespaltene Petitzeile
oder deren Raum 40 Hg. (Der Betrag ist
stets vorher einzufenden.)
Vereinsanzeigen 20 Pfennig die Zeile.

22. Jahrg.

Luzus und Sparsamkeit.

In seiner Reichstagsrede zur Begründung der neuen Steuervorlage sang der deutsche Reichkanzler, Fürst Bülow, in begeisterten Worten das Lob der Sparsamkeit: „Es ist bei uns eine Zeit des Luzus eingetreten, eine Ueberschätzung des materiellen Genusses, die jeden Menschen mit Sorge erfüllt, dem die intellektuelle Kultur unseres Volkes am Herzen liegt. Neben den neuen Steuern ist die größte Sparsamkeit nötig und die Kommunen und die einzelnen müssen da mithelfen. Die Ueberschätzung des materiellen Genusses gefährdet das höchste Gut des Volkes, seine intellektuelle Kultur. Wir müssen zurück zur größeren Sparsamkeit und Einfachheit. Ich nehme niemanden aus. Neben den Mehrverdienst muß die Sparsamkeit treten. Wer weniger verdient, aber spart, ist nützlicher für die Nation, als der, der viel verdient und viel verbraucht! Es wird viel gespart; aber es kann noch viel mehr gespart werden. Bliden Sie nur nach Frankreich, das seinen Reichtum nicht zum wenigsten der bewundernswürdigen Sparsamkeit seiner Bewohner verdankt. Alles sollte zusammenwirken, um den Spargedanken in unserm Volke zu fördern. Ich denke nicht daran, den kleinen Mann zur Einschränkung seiner Lebenshaltung aufzufordern; meine Mahnung richtet sich gegen den überflüssigen Luzus, in erster Linie an die mittleren und höheren Stände. Verhältnismäßig am einfachsten geht es noch in militärischen Preisen zu. Gehen Sie nur dorthin und Sie werden sich wundern, wie bescheiden es dort zugeht. Das ist nicht zum Lachen, das ist ein viel zu ernstes Kapitel. Nicht neue Steuern genügen, eine neue Aera der Finanzwirtschaft muß kommen. In alle Finanzgeschäfte der Regierung muß ein neuer Geist einziehen. Wir müssen lernen, kaufmännischer zu arbeiten.“

Diese bewegliche Klage Bülows läßt sich verstehen, wenn man weiß, wie man heutzutage in den „feinen Kreisen“ lebt, wenn man weiß, daß ein reicher Lebemann manchmal bei einer Mahlzeit mehr draufgehen läßt, als hundert Arbeiterfamilien das ganze Jahr verbrauchen. Und gerade das persönliche Regiment des deutschen Kaisers, das in jeder Beziehung schädigend gewirkt hat, hat auch in bezug auf die Entfaltung von Pracht und Luzus einen unheilvollen Einfluß ausgeübt.

Wo ist die vielgerühmte preussische Sparsamkeit geblieben? Jedermann weiß, daß Kaiser Wilhelm II. im Gegensatz zu seinem Vater und Großvater auf eine luxuriöse Lebensführung großen Wert legt. Er will reiche Leute um sich haben, was daraus hervorgeht, daß er vor einiger Zeit Bedenken äußerte, ob der amerikanische Votschaffer Hill — ein tüchtiger Staatsmann, aber ein Mann ohne Privatvermögen — sich auch wohl für Berlin eigne, wo sein Vorgänger Tower, der ein mehrfacher Millionär ist, eine große Rolle gespielt hatte. Die byzantinischen Schweifweiber und Speichellecker haben die Prachtliebe des Kaisers als ein Mittel gefeiert, um das Ansehen des Deutschen Reiches im Auslande zu erhöhen. Sie hatten keine Ahnung davon, daß gerade das Gegenteil eintreffen werde. Und die offiziellen Vertreter des deutschen Volkes wurden von dem Begeisterungsstau mel mitgerissen. Sie bewilligten Millionen über Millionen für Hohenzollernschlösser, Restaurierung alter Burgen, für Hofjäger und Automobile; sie bauten Negirinseln und veranstalteten prachtvolle Einzugsfeierlichkeiten, sie errichteten teure Denkmäler und gaben kostbare Festmähler. Alles wurde auf großem Fuße arrangiert und aus dem Steuerfädel von Staat und Gemeinden wurde in unverantwortlicher Weise gewirtschaftet.

Wir alle sind Zeugen gewesen, wie gewirtschaftet worden ist und es muß weit gekommen sein, wenn selbst die freikonservative „Post“ schreibt: „Wenn man den Ursachen der luxuriösen Entwicklung der Lebensführung und Lebensansprüche weiter Kreise unserer Bevölkerung und des Wirtschaftens aus dem Vollen in unseren Staats- und Kommunal-Finanzverwaltungen nachgeht, wird man erkennen, daß zu dieser Entwicklung die Neigung zur Prachtentfaltung, zu äußerem Gepränge und zur Nichtachtung der finanziellen Konsequenzen an der höchsten Stelle nicht unwesentlich beigetragen hat. Die Meinung ist sogar vielfach verbreitet, daß die Hauptquelle mancher entbehrlichen Ausgaben in der Heeres- und Marineverwaltung in der Kommandogewalt zu suchen ist. Soll in der Tat eine wirksame Besserung in bezug auf die Aus-

gaben unserer Privat- und Staatswirtschaften herbeigeführt werden, so wird vor allem gerade an der obersten Stelle mit gutem Beispiel voranzugehen sein.“

Dem kaiserlichen Beispiele folgend, beeilen sich Prinzen und Prinzessinnen, Grafen und Barone, Kommerzienräte und Gutsbesitzer, einen Luzus zu entfalten, der geradezu unglücklich ist. Besonders eifrig ist in dieser Hinsicht die deutsche Kronprinzessin, die einen großen Aufwand in ihrer Kleidung treibt. Eine englische Zeitung, die „Daily News“, berichtete vor einigen Tagen folgendes: „Die deutsche Kronprinzessin bestellte neulich bei Madame Paquin, der berühmten französischen Firma, einige Modelle und beordnete danach eine große Anzahl von Toiletten, die von diesem Hause in dessen Londoner Lokal zur Schau gestellt wurden. Die Orber schließt einige prächtige Abendroben, exquisite Tagestoiletten und mehrere wunderbare Mäntel ein. Blau in allen Nuancen scheint eine Lieblingsfarbe zu sein, von dem zartesten Blauweiß eines Kleides nebst zugehörigem Rock bis zu den saten Tönen einer malerischen Theaterhülle, mit Alt Silber bestickt und Labrador-Pelzbesatz. Die Prinzessin soll von allen Roben entzückt sein. Ein Pelzrock von Zobel, der auf 3000 Pfund Sterling (60 000 Mark) taxiert wird und vom modernsten Stile ist, war in dieser interessanten Ausstellung enthalten.“ Wie der Volkswitz behauptet, ist die Kronprinzessin nicht gleich uns gewöhnlichen Sterblichen aus Erdenstaub geboren, sondern aus Selbstanbe (einem Gute in Mecklenburg) und deshalb wollen wir ihr den Luzus verzeihen. Aber einem arbeitslosen Familienvater, dem es bei schwerster Arbeit in seinem ganzen Leben nicht gelingt, soviel zu verdienen, wie hier für ein einziges Kleidungsstück ausgegeben wird, wird es doch merkwürdig zu Mute sein, wenn er so etwas liest.

Auch bei den Staats- und Reichsbehörden wird darauf los gewirtschaftet, nicht als ob wir im Dalles säßen bis über die Ohren, sondern als ob wir Geld hätten wie Hen. Ein Beispiel möge dies beweisen. In Düsseldorf trat jüngst ein Wechsel im Präsidium des Oberlandesgerichts ein. Der bisherige Präsident wurde nach Naumburg versetzt, an seine Stelle trat Oberlandesgerichtspräsident Rathgen aus Köln, der seinerseits wieder durch einen seiner Senatspräsidenten ersetzt wurde. Man war sehr überrascht über den Wechsel, für den kein planfälliger Grund vorlag. Die Ursache war die folgende: Für das Oberlandesgericht wird am Rheinufer in herrlicher Lage ein wahrer Palast gebaut und daneben als Dienstwohnung für den Präsidenten ein Palais, über dessen Kostspieligkeit schon bei den Verhandlungen im Abgeordnetenhaus gesprochen worden ist. Dieses Palais auszumöblieren, zu bewohnen und in ihm die zur Umgebung passende Repräsentation zu üben, ist aber, wie sich jetzt herausstellt, nur einem Manne möglich, der aus eigenem Vermögen über ein Einkommen verfügt, das selbst in den Augen der Industrie-Millionäre als ansehnlich betrachtet wird. Der bisherige Präsident war nun zwar einer der angesehensten und tüchtigsten Juristen, aber ein Mann, der sonst mit Geldsgütern wenig gesegnet ist, und so hat er denn beschlossen, das Palais nicht zu beziehen und nach dem bescheidenen Naumburg überzusiedeln. Wir erleben also das Schauspiel, daß tüchtige Beamte einen liebgewordenen Wirkungskreis verlassen müssen, daß dem Staate ohne Not Uebersiedlungskosten entstehen, und daß ein großer Beamtenschub entsteht, weil sie in eine Umgebung gedrängt werden, deren Kosten mit dem Gehalte nicht bestritten werden können.

Ein gleiches Draufloswirtschaften beobachten wir auf den verschiedensten Gebieten. Nirgends wird der Steuerfädel geschont und da ist es denn kein Wunder, wenn der Finanzminister fortwährend über Geldmangel klagt. Gerade vom Standpunkt des Klassenbewußten Proletariats erscheint eine größere Sparsamkeit am Plage. Wieviel Polizisten könnte man allein sparen, wenn die Polizei nicht in jeden Dreck ihre Nase steckte und nicht neben jeden Arbeitswilligen einen Schutzmännchen stellte; wie viel Schreiber würden überflüssig sein, wenn man nicht jede Arbeiterorganisation unter Aufsicht stellen wollte. Ueberhaupt verschlingt St. Bureaukratismus Unsummen und liefert dafür weiter nichts als werilose Makulatur und vollgeschriebenes Papier. Auch hier sollte man endlich einmal Sparsamkeit walten lassen. Doch wir fürchten, daß Fürst Bülow tauben Ohren predigen wird. Wir leben nun einmal im Zeitalter der Schaumschlägerei und wir

vertrödeln unser Geld mit Neuzerlichkeiten und Nichtigkeiten, bis zuletzt das graue Elend eintreten wird.

Zum Schluß noch ein Wort! Klingt es nicht wie Ironie, wenn Fürst Bülow sagte: „Ich denke nicht daran, den kleinen Mann zur Einschränkung seiner Lebensweise aufzufordern!“ Gerade heutzutage, in einer Zeit der Massenarbeitslosigkeit und der fortwährenden Schröpfung durch immer neue Steuern, bedarf der kleine Mann einer solchen Mahnung nicht, er wird sich ohnehin schon den Hungerringen fester umschnallen müssen.

Stimmen zur Generalversammlung.

Zum Reichs-Tarif.

Im Streit der Meinungen über den Normaltarif der uns im Sommer dieses Jahres beschert wurde, drängt sich die Frage in den Vordergrund: „Wie wirkt der Normaltarif auf unseren Verband ein?“ Während die einen in diesem Tarif die Grundlage für eine gedeihliche Entwicklung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in unserem Verufe sehen, ist derselbe für andere Kollegen ein Rückschlag, dem sie ausgeprägtes Mißtrauen entgegenbringen. Bei oberflächlicher Betrachtung ist man geneigt, auf Grund der unliebsamen Erfahrungen bei den Tarifverhandlungen einer pessimistischen Beurteilung Raum zu geben. Wenn auch die Taktik des Arbeitgeberverbandes nicht gerade sehr durchsichtig ist, leuchtet doch ohne weiteres ein, daß die Arbeitgeber bei ihrem stürmischen Drängen nach der Tarifgemeinschaft bestrebt sind, etwas für sich herauszuschlagen, was sie vor dem Abbruch des Tarifvertrages noch nicht hatten. Von diesem Gesichtspunkt aus ist ein gewisses Mißtrauen wohl gerechtfertigt. Aber auch vom Arbeitgeberverband kann man sagen, er ist „ein Teil von jener Kraft, die stets das Böse will und doch das Gute schafft“. Mit allen Mitteln der Intrigue und Verleumdung, mit ihrem lächerlichen Festklammern an die Kraft- und kraftlosen Verbänden der Streikwunder und Christlichen, mit Aussperrungen und zahllosen Maßregelungen, haben die Strategen des Arbeitgeberverbandes weiter nichts erreicht, als einen von Schiedsrichtern regierten Tarifvertrag, der den Meistern in ihrer großen Mehrheit so wenig zusagt, daß sie immer erst von ihren Gehilfen auf die Tarifbestimmungen aufmerksam gemacht werden müssen.

Daß der Normaltarif, wie er seit einem halben Jahre in Süddeutschland in Kraft ist, bei strikter Durchführung eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse mit sich bringt, kann nicht bestritten werden. Wo das nicht der Fall ist, wird sich bei näherer Untersuchung herausstellen, daß der Fehler nicht beim Normaltarif, sondern bei den beteiligten Kollegen selbst liegt.

Was den Tarif für viele Kollegen ungenießbar macht, das ist die Leistungsklausel im § 2 des Normaltarifs. Vor einiger Zeit brachte der „Vereins-Anzeiger“ einen interessanten Artikel über die Leistungsklausel. Wenn ich auch in Einzelheiten diesen mehr theoretischen Ausführungen nicht immer zustimmen kann, bin ich im Resultat mit dem Verfasser jener Abhandlung einer Meinung. Die Bedeutung der Leistungsklausel wird sehr überschätzt. Sie gerät überall mit der Praxis in Widerspruch und bleibt selbst da, wo die Arbeitgeber energig auf die Festsetzung einer Leistungsnorm erpicht waren, auf dem Papier stehen. Dem wird nun entgegengehalten, daß die Leistungsklausel gleichwohl in der Hand des Meisters zur Schitane gegen den Gehilfen werden kann. Abgesehen davon, daß es böswilligen Charakteren unter den Arbeitgebern zu allen Zeiten, ob mit oder ohne Leistungsklausel, möglich war, „ihre“ Gehilfen zu skandalisieren, wird es in erhöhtem Maße Aufgabe der Organisation sein, solche Auswüchse zu beschneiden. Je stärker die Organisation, je nachhaltiger wird ihr Einfluß in der Tarifüberwachungskommission, in der Gestaltung der örtlichen Arbeitsverhältnisse sein. Nichts ist törichter, als blind gegen die Einführung der Leistungsklausel zu wirken. Unser Kampf früher gegen die Leistung war ein berechtigter, da die Arbeitgeber den Standpunkt vertraten, genau wie bei Akkordarbeit, die Festsetzung der Leistung sei das alleinige Vorrecht des Unternehmers; das ist jetzt anders geworden, wo beide Teile paritätisch daran Anteil nehmen. Die Leistungsklausel ist ein Produkt der ökonomischen Entwicklung. Dieser sich entgegenzustellen, ist zum mindesten unklug. Stärkung des Verbandes ist die Medizin, die gegen solche Schäden hilft.

Weiter wird gegen den Normaltarif ins Treffen geführt, daß darin zwei Altersklassen mit verschiedenen Lohnsätzen vorgesehen sind und man konzentriert daraus einen Ungerechtigkeiten gegen die Kollegen unter 20 Jahren. Auch dieser Einwand hält einer kritischen Betrachtung nicht stand. Wenn der Normaltarif in dieser Beziehung eine Ungerechtigkeit enthält, dann waren die meisten früher abgeschlossenen Tarife ungerecht; denn sie hatten entweder mehrere Lohnklassen mit Altersunterschied, oder, wo das nicht der Fall war, trat ohne Zutun der tarifschließenden Faktoren das Bestreben zutage, Unterschiede in der Entlohnung zu machen, wobei das Alter eine Rolle spielte. Ausnahmen gebe ich gerne zu. Im Allgemeinen kommt die Neigung, nach Leistung zu bezahlen, besonders darin zum Ausdruck. Damit will ich natürlich nicht sagen, daß der Kollege über 20 Jahre in jedem Falle mehr leistet wie der unter 20 Jahren.

Die Lohnzuschläge, welche im Normaltarif festgelegt sind, entsprechen den Sätzen, die durch die Arbeit unserer Organisation in den einzelnen Filialen durchschnittlich erzielt worden sind. Wo diese Sätze unter den bisher bezahlten Zuschlägen für Ueberstunden, Nacht-, Sonntags- und Ueberlandarbeit zc. bleiben, wird es den Filialen obliegen, das früher errungene durch straffe Disziplin aller Kollegen aufrechtzuerhalten. Das ist zweifellos möglich ohne Tarifbruch.

Die übrigen Bestimmungen des Normaltarifes, soweit sie sich unmittelbar auf das Arbeitsverhältnis beziehen, decken sich mit dem, was in früheren Tarifen, in sogenannten Werkstattordnungen und im Weisheitsgesetz schon vorgeschrieben war. Es ist eigentümlich, daß eine große Anzahl Kollegen kopfschüttelnd wird, wenn ihnen Pflichten und Rechte in Paragraphen formuliert, vorgelegt werden, während sie vorher dieselben Pflichten und Rechte, nur nicht als Normaltarif, ohne viel Umstände zu machen, ausübten.

Die wichtigste Neuerung des Normaltarifes ist die Schaffung der Tarifämter und Tarifüberwachungskommissionen. Sie bieten eine wertvolle Handhabe für die planmäßige Arbeit an der Hebung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in unserem Berufe. Was da an erzieherischer Arbeit an den Arbeitgebern sowohl, als an der Kollegenschaft selbst geleistet werden kann, vorausgesetzt, daß unsere Organisation auf dem Platze ist, das mag sich jeder denkende Kollege einmal vor Augen führen. Schon dieser Einrichtung wegen werden wir über vorhandene Härten des Normaltarifes hinwegsehen, umso mehr, weil diese Härten durch Aufklärung der Kollegen gemildert und mit der Zeit aufgehoben werden können.

Fassen wir alles zusammen, dann ergibt sich daraus, daß wir uns vor dem Normaltarif so lange nicht zu fürchten brauchen, wie eine gute, widerstandsfähige Organisation seine Durchführung garantiert. Der Normaltarif bietet vielmehr die Grundlage zu einer befriedigenden Lösung der vielen Aufgaben, die unser Verband sich gestellt hat. Kollegen, es gilt nicht nur den Kampf um einmündige Lohnhebung. Es gilt den Kampf gegen den Indifferentismus, gegen die unlautere Konkurrenz unter den Kollegen selbst und für die Hebung unseres Berufes. Und dazu kann und soll die Tarifgemeinschaft beitragen. In dieser Erkenntnis gaben wir dem Normaltarif unsere Zustimmung. Wir werden auch dem Reichstarif zustimmen, wenn dieser im Sinne des Normaltarifes gehalten ist. Was auch die Unternehmer für Nebenabsichten bei ihrer neuesten Taktik verfolgen; wir werden schon sorgen, daß ihre Maßnahmen uns zum besten dienen.

Die Generalversammlung in Köln wird Gelegenheit geben, die Einmütigkeit und Geschlossenheit, die durch die Tarifvertragsarbeiten zeitweilig gefährdet war, wieder herzustellen. Mögen die Debatten über die Tarifverhandlungen und den Reichstarif von einem weitläufigen Standpunkt der Delegierten Zeugnis ablegen.

Der Schwerpunkt aller gewerkschaftlichen Arbeit muß stets auf die Agitation gelegt werden. Wird nun der Reichstarif (immer verstanden als eine Erweiterung des Normaltarifes in seiner Urform auf das ganze Reich) auch die Agitation in andere Bahnen lenken? Ich möchte das bejahen auf Grund der Erfahrungen mit dem deutschen Normaltarif.

Die veränderte Taktik des Verbandes beeinflusst den Mitgliederstand. Wenn auch der wirtschaftliche Niedergang und ein mangelhaftes Auffassungsvermögen den neuen Verhältnissen gegenüber unerkennbar die Erhaltung des Mitgliederstandes und die Gewinnung neuer Mitglieder erheblich erschwert, so darf doch nicht außer Acht gelassen werden, daß auch am inneren Ausbau des Verbandes weitergearbeitet werden muß. Ein Blick in die Statistik lehrt uns, daß die Zunahme an neuen Mitgliedern in einem gewissen Verhältnis zu Zahl und Umfang der Lohnbewegungen steht. Das Interesse der Kollegen wächst lebhaft bei wirtschaftlichen Kämpfen; es erlahmt ebenso schnell mit dem Abschluß der Kämpfe. Eine beträchtliche Zahl wird dann abtrünnig, um sich vielleicht auf einige Wochen vor der nächsten Lohnbewegung wieder aufnehmen zu lassen. Das ist tief bedauerlich. Eine langsame Wendung zum Besseren ist zu konstatieren. Hier den Hebel ansetzen, ist ein Gebot der Klugheit.

Wir steuern voraussichtlich einer Zeit zu, in der die Zahl der Lohnbewegungen abnimmt. Die Filialen verlieren einen großen Teil ihrer früheren Selbständigkeit und Aktionsfähigkeit eben durch den ferneren Ausbau der Tarifgemeinschaft. Entstehende Differenzen mit den Arbeitgebern werden auf dem Instanzenwege den Tarif-Ämtern übermittelte und finden dort in vielen Fällen Erledigung. Die spontane Begeisterung, der mitunter kaum zu zügelnde Kampfesmut wird in Zukunft weniger die Ursache des Anschlusses an den Verband sein. Wir werden also bestrebt sein müssen, auf andere Weise dem Verbands seine Zugkraft zu erhalten. Es muß ein Weg gefunden werden, der den Kollegen auch in Zeiten des Friedens oder besser Waffenstillstandes die Mitgliedschaft in unserem Verbands begehrenswert macht. Es muß m. E. an eine Verbesserung des Unterstützungs-wesens herangegangen werden. Es soll hier nicht der Arbeitslosenunterstützung das Wort geredet werden. Sie ist, so wünschenswert ihre Einrichtung wäre, vorläufig unzulässig. Die in unserem Statut vorgesehenen Unterstützungsweige müssen aber verbessert werden. Man könnte an anderen Ausgaben für Agitation sparen, um die Unterstützungsätze zu erhöhen. Das wäre dann ein nicht zu unterschätzender Agitationsstoff. Eventuell ließe sich auch die Karenzzeit herabsetzen. Auch könnte der Erlaß der Beiträge in der arbeitslosen Zeit in Erwägung gezogen werden.

Was aber vor allem not tut, ist Schulung, Erziehung der Verbandsmitglieder zu überzeugten, wirklich überzeugten Kämpfern der Gewerkschaftsfrage, nicht zu Phrasendreschern. Wo das bisher gelungen ist, da haben die Arbeitgeber noch stets die Rechnung ohne den Wirt gemacht.

C. F. Konstantz.

Die Mitglieder des Verbandes sind wieder einmal vom Redakteur unseres „Vereins-Anzeigers“ aufgefordert worden, zu den auf der Generalversammlung in Köln zur Tagesordnung stehenden Punkten Stellung zu nehmen. Ist die Aufforderung zur Diskussion auch nicht neu — ich erinnere an das Projekt zur Einführung der Arbeitslosenunterstützung — so ist es doch für die große Masse der Kollegen, die außer ihrer Arbeit über wenige Stunden verfügen, schwer, an eine Frage, wie z. B. Reichstarif heranzutreten, insofern, da es nicht möglich ist, sich die Neuerscheinungen auf diesem Gebiete, die die Tariffrage behandeln, anzuschaffen, zu studieren und ihre Meinung zu äußern. Es ist da naturgemäß erklärlich, daß da, wo die Fäden der Organisation zusammenlaufen, die richtigere Auffassung und Anschauung platzgreifen muß. Die Frage: Abschluß von Tarifen über einen Ort oder Bezirk, allgemein behandelt, gibt uns wohl zu Besorgnissen keinen Anlaß; der übergroßen Masse der Kollegen ist diese Frage so in Fleisch und Blut übergegangen, daß sie sich keine tariflosen Zeiten wünschen. Die Vorteile sind auf Arbeitgeber- wie Arbeitnehmerseite in die Augen springend. Gilt es für erstere ein Abwägen, Kalkulieren bei Festsetzung der Preise, so sehen wir auf letzterer Seite eine festgelegte Arbeitszeit, einen garantierten Stundenlohn, auch bei wirtschaftlicher Krise. Bei vorstehend nur Ange deuteten ist wohl nicht zu verkennen, daß von Gehilfsseite nur vermittelt einer starken, festen Organisation am Orte diese Vorteile den Unternehmern im Kampfe abgerungen werden sind; dieses abzustreiten, wird von keiner Seite aus möglich sein.

Wie stellen wir uns nun zur Einführung eines Reichstarifs? Ueberwiegen nicht hier, von unserer Seite betrachtet, die Nachteile alle Vorteile, als da sind: Bestimmungsrecht der Mitglieder — Lohn-erhöhung — Tarifdauer und Tarifkündigung? Was Punkt eins anbelangt, so sehen wir durch das Erstarken der Arbeitgeber-Organisation schon in diesem Jahre ein Diktieren, ein Draufgängertum betreffs Abschluß von Verträgen unter Zustimmung von Vorstand zu Vorstand, das jedem Kollegen zu denken gibt. Stand nun in den früheren örtlichen Tarifen: „Uffordarbeit ist nicht gestattet“, so finden wir in dem Normal-Tarifvertrag — gezwungen durch die Verhältnisse — die Einführung derselben. Früher schrieb man im „Vereins-Anzeiger“ ganz im Sinne der Kollegen: auf keinen Fall die Mindestleistung anerkennen, da die

Meister sie allein festsetzen wollten; auch dieses hat man, dank der unparteiischen Schiedsrichter, nachdem man auf Winkeln hingewiesen, annehmen müssen. Hieraus ist wohl erklärlich, daß durch diese Instanzen, die sich nun über ganz Deutschland erstrecken sollen, die einzelnen Fragen, die den Kollegen zur Diskussion stehen, viel zu viel Zeit in Anspruch nehmen, die Sache verschleppen und somit von einem nennenswerten Mitbestimmungsrecht nicht die Rede sein kann. Was die zweite Frage: Lohn-erhöhung, betrifft, so möchte ich den Kollegen zurufen, sich keinen allzu großen Illusionen hinzugeben. War es uns in früheren Jahren bei örtlichen Tarifabschlüssen möglich, Stundenlohnhebungen von von drei, fünf und mehr Pfennigen nebst Verkürzung der Arbeitszeit zu erreichen, so wird es beim Reichstarif, selbst auch bei guter Organisation nicht möglich sein, prinzipielle Stundenlohnhebung zu erlangen. Wir dürfen uns ja nur die Berufe ansehen, die heute schon Reichstarif haben. Eine berechtigte Kritik setzte ein, als es einer der bestorganisierten Gewerkschaften bei günstigster Konjunktur nicht gelang, ihren Lohn entsprechend zu erhöhen und so wird es in unserem Berufe, obgleich ein „Saison“beruf (wo schnell ein jeder in den einfachsten Arbeiten eingerichtet wird), nicht besser sein.

Kommt man zur letzten Frage: Tarifdauer und Tarifkündigung, so ist ohne weiteres klar, daß die Unternehmer versuchen werden, die Vertragsdauer auf eine Reihe von Jahren auszudehnen. Wir sehen auch, daß dieselben dahin drängen, (sicher nicht aus Wohlwollen der Gehilfsenschaft gegenüber), den Ablaufstermin im ganzen Reihe auf einen bestimmten Tag festzulegen, daher ja auch der Ausspruch der Unternehmer, daß da, wo Tarife bis 1910 abgeschlossen sind, die Gehilfen einseitig genug sein werden, ihren Tarif nicht aufrecht zu erhalten im Interesse der großen Sache. Stellen wir uns nun vor die vollendete Tatsache: Ist es für eine Organisation wie die unsrige allein möglich, bei wenig Entgegenkommen der Arbeitgeber, unseren Forderungen Nachdruck durch einen allgemeinen Streik zu verleihen? Wohl kaum. Rechnen wir auch damit, daß Tausende Arbeitgeber nicht zu bewegen sind; wir können es bei jedem Streik beobachten, daß einzelne die Forderungen bewilligen, in der Hauptsache sind sie sich alle einig, wenn es Forderungen der Gehilfsenschaft zu bekämpfen gibt; es ist ja dem Unternehmer eher möglich, die Scharte, die ihm der Streik verurteilt, wieder auszuweichen.

Soweit vorläufig meine Ausführungen. Kollegen, es ist nur erwünscht, daß diese Frage im „Vereins-Anzeiger“ und in Mitglieder-Versammlungen gründlich erörtert wird. Meine vorläufige Meinung ist die, daß wir als Mitglieder keine Ursache haben, auf den Abschluß eines Reichstarifs zu drängen; im Gegenteil sollten wir, so lange die Frage nicht geklärt ist, als Saisonarbeiter ihr gegenüber uns ganz passiv zu verhalten, uns fester denn je organisieren und auf der Hut sein, um unsere Errungenschaften hoch zu halten.

Leipzig.

Richard Hannich.

Bekanntlich findet die nächste Generalversammlung ausnahmsweise frühzeitig. Einen Hauptpunkt der Tagung wird der Normal-Reichstarif bilden und werden die Delegierten reichlich Arbeit finden. Vor allem müssen Mittel und Wege geschaffen werden, daß der Tarif auch an allen Orten die nötige Wirkung und Geltung hat, was nur geschehen kann, wenn sämtliche Kollegen durch kräftige Agitation dazu beitragen.

Eine weitere wichtige Frage wäre die Einführung der Arbeitslosenunterstützung, bedingt zur Zeit durch die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse. Auch ist die Frage hierbei aufzuwerfen, ob es nicht besser für unsere ganze Bewegung wäre, wenn das Unterstützungsweesen in unserem Verbands auch in diesem Punkte besser ausgebaut würde. Jedoch darf unser Verband als Kampfbewegung nichts verlieren. Es ist doch gar nicht abzustreiten, daß die Kollegen, die bei einer Bewegung etwas im Vordergrund stehen, so ganz indirekt von den Arbeitgebern wegen Mangel an Arbeit gedrückt werden; dies sieht man deutlich am hiesigen Orte. Eine Maßregelung ist selten nachzuweisen und wäre auch aus diesem Grunde für die betroffenen Kollegen ein kleiner Schutz in der Not zu schaffen. Ich glaube, daß heute die Kollegen bei einer

Innungen, Malerbund und Arbeitgeberverband.

Ueber dieses Thema, das gegenwärtig in unseren Unternehmertreisen eine Rolle spielt, wurden auf dem letzten Obermeister-Tag am 10. September d. J. zu Leipzig in Anwesenheit von 62 Teilnehmern u. a. nachstehende Verhandlungen gepflogen, die zu kennen auch für unsere Mitglieder, die die Arbeitgeberpresse nicht lesen, von Interesse sein wird.

Schulz (Präsident des Malerbundes) bemerkt einleitend, die Tagung sei einberufen, um diejenige Klarheit in die Verhältnisse des Malerbundes zu bringen, die Hannover leider nicht bringen konnte. Ich hoffe von dieser Tagung, daß sie Klarheit schafft nach dieser oder jener Seite, ganz gleich wie sie ausschlägt, zum Segen unseres so schönen Geschäfte.

Grüner (Obermeister der Leipziger Zwangsinnung) begrüßt die Anwesenden sowie den Syndikus der Gewerksammer und gibt einen Ueberblick auf die Verhältnisse, unter denen er 1877 und 1895 Malertage in Leipzig begriffen durfte. Wer diese Tage mitgemacht hat, namentlich den von 1877, der wird mit Freuden denken an die Begeisterung, die damals herrschte. Damals waren aus Nord und Süd, von Böhmen, Oesterreich, Schweden und Dänemark Vertreter da. Sie sehen, welches Interesse damals unserem Zusammenschlusse entgegengebracht wurde. 1895 fiel ein Schatten auf unsere Tagung. Es war Zersplitterung eingetreten, teilweise persönliche Reibungen, teilweise Meinungsverschiedenheiten, und so fing die Wärgung an. 1895 wechselte der Sitz des Bundes, der zur Zersplitterung Veranlassung gab; er kam von Bremen nach Leipzig. Damals knüpften sich große Hoffnungen an diese Verlegung. Leider haben sie sich nicht erfüllt. Es haben mehrere Zersplitterungen stattgefunden und momentan geht ein großer Riß durch unsere Bewegung. Durch unseren Beruf sind wir verurteilt, erzieherisch auf die Allgemeinheit einzuwirken. Wir statten die Räume aus, daß man sich wohllich darin fühlt. Und wenn dann in einem solchen Gewerbe eine Zersplitterung herrscht wie bei uns, kann ein gedeihliches Wirken für die Allgemeinheit nicht stattfinden. Es hat sich unsere Kunst vorteilhaft entwickelt und das hat der Malerbund fertig

gebracht. Das Gesetz vom 26. Juni 1897, das allen Handwerkergruppen die Möglichkeit bot, sich korporativ zu organisieren, verfiel bei einem großen Teil der Kollegen. In unseren Kreisen ist dieses Gesetz wenig oder gar nicht verstanden worden. Das Gesetz sollte nicht zünftlerischen Bestrebungen huldigen, sondern wirtschaftlich große Verbände zusammenschließen. Bis jetzt hat noch keine andere Form der Vereinigung das fertig gebracht, was die Zwangsinnung vollbracht hat. Mögen die Verhandlungen dazu führen, uns vor weiterer Zersplitterung zu bewahren, um den deutschen Malerbund fest zu verbinden. Das walle Gott. (Lebhafter Beifall.)

Schulz: Sie kennen die Verhältnisse, wie sie sich zwischen den Innungen, zwischen dem deutschen Malerbund und dem Arbeitgeberverband herausgebildet haben. Ich will das nicht als einen Bruch bezeichnen, aber es sind Kräfte da, die verlangen, den Malerbund aufzulösen. Als Vorsitzender des Ganges IV des Arbeitgeberverbandes und als Präsident des Malerbundes könnte man annehmen, daß der Präsident dem Gausvorsitzenden in die Wege läuft oder umgekehrt. Ich möchte Ihnen deshalb den Vorschlag machen, aus Ihrer Mitte einen Vorsitzenden für die Verhandlungen zu wählen. — Weil jedoch alle Anwesenden „Innungsmenschen“ sind und zugleich dem Arbeitgeberverband angehören, behält Schulz den Vorschlag.

Nach Verlesung des Geschäftsberichts fragt v. Brzeski (Danzig) an, wie es zu verstehen ist, daß vorläufig die Erhebung der Beiträge auf das Jahr 1909 verschoben ist. Schulz: Sie kennen alle die Bestimmungen, die sich entwickelt, wenn man ernsthaft ein Utentat auf das Portemonnaie seiner Mitmenschen ausüben will. Damit macht man sich mißliebiger und ich will zugeben, daß ich in dieser Hinsicht keine beneidenswerte Figur in Hannover spielte. Wir sind der Ueberzeugung, daß es wohl besser wäre, wenn reichlichere Mittel von Anfang an im Malerbund vorhanden gewesen wären. Aber vorläufig, da die Arbeitgeberverbände an die Steuerkraft der Kollegen große Anforderungen stellen, hat sich der Malerbund behelbendlich in den Hintergrund gestellt und sich gesagt: In den Bestrebungen der Arbeitgeberverbände hat der Malerbund nicht nur aktiv teilzunehmen, sondern er kann der

Sache der Arbeitgeberverbände außerordentlich nützen, wenn er seine Forderungen mal für eine Zeit zurückstellt. Dies bedeutet eine Unterstützung der Arbeitgeberverbände und von diesem Gesichtspunkt haben wir uns leiten lassen. Dem Handwerker wird immer vorgeworfen: Ihr leistet finanziell nichts. Nun, wenn Sie die vielen Handwerkervereinigungen, in die wir steuern müssen, zusammenschauen, werden Sie finden, daß das Geld in eine große Anzahl von Kanälen geht, die leider nicht in ein großes Sammelbecken zusammenfließen. Lassen Sie mich nun zur Stellung der Innungen zu den Arbeitgeberverbänden kommen. In Süddeutschland kennt man nur ganz vereinzelt Innungen. Auch das Rheinland war der Bildung von Innungen abhold. Wer die Blütezeit der Innungen noch einmal im Geiste miterlebt hat und in den Museen sieht, was die Innungen an herrlichen Schätzen geschaffen haben, muß mit der heiligsten Bewunderung vor einem solchen Streben stehen. Es ist daher eine Verkennung der Tatsachen, wenn man sagt, die Innungen haben nichts geleistet. Wir verdanken ihnen vor allen Dingen wieder die Erziehung zum Korpsgeist. Das Statut des Verbandes süddeutscher Maler baut sich auch nicht allein auf dem Arbeitgeberverband auf, sondern man hat dort die Bestrebungen der Innungen zusammengefaßt mit den Bestrebungen der Arbeitgeberverbände. Das ist allerdings eine Organisation, die in ihrer äußeren Form vollkommen ist, aber ob sie innerlich so vollkommen wirkt, darüber Klarheit zu schaffen ist die Zeit ihres Bestehens noch zu kurz. Wenn ich Ihnen die Wahrheit sagen soll, so sehe ich in der Zwangsinnung die vollkommenste Organisationsform, die man sich denken kann. Sie kann innerhalb ihrer Grenzen alles machen was sie will. Das Wort Zwang ist kein Hindernis, sämtliche Innungen zu Zwangsinnungen umzuwandeln. Wäre dies geschehen, viele der Vorwürfe, der Bund sei zurückgegangen oder die Begeisterung sei nicht mehr dieselbe, fort. Alles neue begeistert, und was besteht verliert an Interesse. Das ist wie mit einer neuen Melodie. Den Vorteil haben die Arbeitgeberverbände, daß sie sich nicht allein an das Ideale wenden, was Geld kostet, sondern praktische Arbeit leisten wollen. Durch die Arbeitgeberverbände

Abstimmung anders stimmen würden als 1905. Ich möchte deshalb den Vorschlag des Hauptvorstandes von 1905 zur Grundlegung der Arbeitslosenunterstützung empfehlen, jedoch dürfte die Zeit vom 1. Dezember bis 15. Februar nicht ausgeschaltet werden. Selbstverständlich müßte der Beitrag dementsprechend erhöht werden, um kein Defizit zu schaffen. Mit dieser Erhöhung darf auch nicht so zimperlich und ängstlich umgegangen werden und muß jeder Kollege einer eventuellen Erhöhung von 20 % im Sommer mit Freuden entgegensehen. Je höher unsere Leistung, desto mehr Gegenleistung, nicht nur für den Einzelnen, sondern für die Allgemeinheit ist dann zu erwarten. Es ist noch eine sehr große Anzahl von Kollegen vorhanden, die an Alkohol und sonstigem Klimbim ganz gut die Erhöhung unseres Beitrages sparen können. Die Delegierten der Filialen möchte ich ersuchen, daß sie zu diesem Punkte ihre Zustimmung geben, damit endlich einmal eine Grundlage für die Arbeitslosenunterstützung geschaffen wird, auf der man besseres aufbauen kann zum Wohle aller Kollegen und unseres Verbandes.

Philipp Weber, Worms

In eingehender Weise wird sich die nächste Generalversammlung mit der Einführung des Einheitstarifes zu beschäftigen haben. Es ist dies das Resultat der Beobachtung der Erfolge resp. Mißerfolge der gewerkschaftlichen Kämpfe. Ich glaube annehmen zu dürfen, daß bei allen Kollegen der Wert, die Wirkung und Nützlichkeit der Tarifgemeinschaften nicht verkannt wird, sondern jeder einzelne Kollege zugeben muß, daß für eine Gewerkschaftsorganisation nur Vorteile erzielt werden können, aber auch nur insoweit, wenn ein Tarif zustande kommt, der für uns annehmbar ist. Deshalb möchte ich garricht näher darauf eingehen, inwieweit der Arbeiter oder Unternehmer direkte Vorteile von der Einführung eines Einheitstarifes hat, sondern hier muß man die Frage aufwerfen: In welcher Weise wird die gesamte Organisation hiervon Nutzen haben? Und da ist es doch einmal Tatsache, daß für die Dauer der Vertragsperiode die Kräfte nicht in Einzelkämpfen vergeudet werden brauchen, sondern die Dauer des Tarifabschlusses ist für die Kollegen, für die gesamte Organisation, eine Zeit der Ruhe im Kampfe, die Organisation kann gestärkt werden. Schon jetzt kann man bei einzelnen örtlichen Tarifabschlüssen beobachten, daß ein Erstarken der Organisation während der Vertragszeit stattgefunden hat und gerade die stärkere Mitgliederzahl gewährt den Kollegen nach Ablauf des Tarifs eine günstigere Position gegenüber dem Unternehmer. Wenn man nun aber der Ansicht ist, daß die Zeit noch nicht gekommen sei, um einen Einheitstarif zu bestimmen, so bestreite man nur, daß eine mangelhafte Entwicklung der Organisation innerhalb unseres Berufes stattgefunden, und eben dadurch der Abschluß eines Einheitstarifes verhindert wird. Ich glaube, daß dieses auf unsere Organisation nicht zutreffend ist. Voraussetzung ist auf alle Fälle, daß bei Abschluß eines Tarifs eine gut disziplinierte Organisation vorhanden sein muß, nicht nur bei den Arbeitern, sondern auch bei den Unternehmern.

Eine weitere Einwendung könnte die sein: Wird der Kampfmut, der Zweck und das Ziel der gewerkschaftlichen Organisation darunter zu leiden haben? Ich glaube niemals kann dieses der Fall sein, wenn seitens der einzelnen Gewerkschaften immer mehr und mehr dafür gesorgt wird, die Mitglieder der Organisation geistig zu schulen. Ihnen durch Lehrreiche Vorträge klar zu machen, welcher unendliche große Gegensatz zwischen Arbeiter und Kapital besteht. Niemand kann und darf der Abschluß von Tarifverträgen zur Laune der Kollegen führen, denn die wirtschaftlichen Schädigungen der Arbeiter durch den Kapitalismus werden durch Tarifabschlüsse völlig unberührt gelassen.

Eine andere Angelegenheit die durch den Abschluß eines Reichstarifs in den Vordergrund tritt, ist die der Arbeitslosenunterstützung. Wenn auch infolge der spezifischen Verhältnisse des Berufes, nicht zum wenigsten infolge der Saisonarbeit, bei der Einführung dieses Unterstützungszweiges mit den allergrößten Schwierigkeiten zu rechnen ist, so muß man doch dazu übergehen, sie in der einen oder anderen Form zur Verwirklichung zu bringen suchen. Ich bezweifle nicht, daß, wenn wiederum diese An-

gelegenheit näher in den Vordergrund treten würde, die Abstimmung ein anderes Resultat zeitigte. Aber auch der individuelle Wert einer Arbeitslosenunterstützung muß nicht unterschätzt werden, umso mehr, da jeder einzelne durch diese Unterstützung vor dem materiellen Elend und der moralischen Abstumpfung durch Arbeitslosigkeit bewahrt wird. Schon das Bewußtsein, dem Arbeitgeber, den man vor kurzem noch mutig bekämpft hat, nachlaufen zu müssen, ist nicht dazu angetan, das Selbstachtungsgesühl des Arbeiters zu heben. Aber auch die Einführung der Arbeitslosenunterstützung wird für die weitere Entwicklung der Organisation von großer Bedeutung sein. Die Situation wird bedeutend zurückgehen und der Mitgliederbestand wird ein stabilerer werden. Mögen daher auf der kommenden Generalversammlung nicht die Delegierten den Zweck und Nutzen derartiger Unterstützungszweige verkennen (wenn Urträge in dieser Weise gestellt sind), sondern gehe man dazu über, den Hauptvorstand zu beauftragen, diesbezüglich zu handeln. Es ist unsere Pflicht, die Kollegen vor den Folgen kapitalistischer Produktionsweise zu schützen; tun wir dieses, so haben wir wiederum eine große soziale Betätigung hinter uns.

Hermann Wille, Hildesheim.

„Heilsuche“ — Achtstundentag

Meinem Pflichtgefühl gehorchend, will ich in nachfolgendem jene wichtige Frage, zu welcher die nächste Generalversammlung Stellung zu nehmen hat, wenigstens zum Teil Klare passieren lassen. Die wichtigste Angelegenheit soll und wird ja wohl nach den öfters laut gewordenen Ausführungen zu urteilen, die sein, daß sich die bevorstehende Generalversammlung mit der Frage der Tarifverhandlungen und Stellungnahme zu einem Reichstarif beschäftigen wird, weil durch Gründung des allgemeinen Arbeitgeberverbandes derselbe es sich zum Ziel gesetzt hat, daß im ganzen Reich nur noch unter Tarifverträgen und unter einem allgemeinen Reichstarif gearbeitet werden soll. Daß bei dem zu schaffenden Reichstarif die Lohn- und Arbeitsverhältnisse für die in den Malerbetrieben beschäftigten Kollegen der Kernpunkt der ganzen Verhandlungen bilden, ist ja selbstverständlich und wird es auch wie bisher von der jeweiligen Konjunktur und der Macht und Stärke der Organisation abhängen, diese so günstig wie möglich zu gestalten. Ob aber bei den Verhandlungen über das neue Vertragsverhältnis, die Frage der Leistungsklausel, der Minimallohn oder der Akkordtarif, wie im Vertragsmuster der Arbeitgeber vorgesehen, die wichtigste sein soll, möchte ich vorweg im Interesse der Allgemeinheit verneinen. Angenommen, man hält an den Grundbedingungen des Minimallohnes fest, das Verbot der Akkordarbeit wird einfach an einigen Orten nicht durchzuführen sein, so daß beide Formen des Arbeitslohnes, ob Stunden-, Tages- oder Wochenlohn oder Akkordlohn zur selben Zeit und in denselben Geschäftszweigen nebeneinander bestehen werden. Im übrigen ist der Akkordlohn nichts anderes als die verwandelte Form des Zeitlohnes, wie der Zeitlohn die verwandelte Form des Wertes oder Preises der Arbeitskraft, wie dies in dem bestehenden Tarifvertrag für Leipzig, der eine solche Leistungsklausel bereits enthält und auch durchgeführt ist.

Wie viel wichtiger ist meines Erachtens aber die Frage Verkürzung der Arbeitszeit, die bei den Verhandlungen und Beratungen die Hauptrolle spielen sollte, aber leider bisher so wenig Beachtung erfahren hat. Verwahren will ich mich aber dagegen, daß, wenn ich behaupte, die Verkürzung der Arbeitszeit ist der springende oder wichtigste Punkt bei den Verhandlungen mit den Arbeitgebern, ich hier als Idealist nur für Ideale schwärme, die unter den gegebenen Verhältnissen noch un-durchführbar sind. Ich will nur diese Frage für mich als maßgebend hervorheben lassen, weil nach meiner Überzeugung die überlange Arbeitszeit ein Moment ist, das der Gesundheit eines Berufes größere Hindernisse bereitet als irgend ein heimtückisches Gift. Die überlange Arbeitszeit in der Kleinindustrie wird allgemein, z. B. auch vom Gewerbeinspektorat, als ein die Gefahr bedeutend vergrößerndes Moment charakterisiert und der Bundesrat scheint sich dieser Ansicht auch angeschlossen zu haben, wie aus der successiven Einschränkung der Arbeitszeit in den Bleifabriken hervorgeht. Trotzdem erklären hervor-ragende Gewerbehygieniker diese geleglich reduzierte Zeit für diese Arbeit noch für zu lang und eine weitere Herab-setzung wäre dringend zu wünschen. Es unterliegt aber keinem Zweifel mehr, daß der Beruf der Maler, Anstreicher, Lackierer usw. noch weit gefährlicher ist, als derjenige, wie in den eben geschilberten Fabriken, daß sogar allgemein die Heilsuche als Gewerkrankheit der Maler von allen Hygienikern gekennzeichnet wird, daher wohl im wahrsten Sinne des Wortes eine Berufskrankheit ist.

Ueber die Erkrankungs- und die Sterblichkeit im Allgemeinen, besonders aber in den Betrieben der Maler und verwandten Berufsgruppen, ist schon so oft geschrieben worden, daß ich hier eine eingehende An-führung von Statistiken unterlassen, umso mehr, weil ich an anderer Stelle noch ausführlicher darauf zurückkommen werde und nur mich begnügen will, diese Tatsache festzu-stellen, daß von allen Todesursachen neben der Tuberku-lose die Weibergiftung die häufigste ist. Man hat deshalb den Beruf der Maler infolge der grassierenden Weiberkran-keit als einen hoffnungslosen bezeichnet, aber dabei die Frage wegen Verkürzung der Arbeitszeit, wie diese in der Kleinindustrie schon durchgeführt, noch niemals gestellt. Wird aber in der gegenwärtigen Zeit durch den rücksichts-losen Konkurrenzkampf, durch die Gefährdungsmöglichkeit die Gesundheit einer Arbeiterklasse geopfert, so bedeutet dieses eine Schädigungswirklichkeit, die schwerer als irgend eine Krankheit in das Leben der Familie und der Gesellschaft eingreift.

Die Weibergiftung ist eine solche Schädigung. Wenn die Vererbung funktionell erworbener Eigenschaften des Körpers heute nicht mehr anerkannt wird, so wird doch zugegeben, daß die auf Schädigung infolge Ernährung beruhende Veränderung des Keimplasmas, wie offenbar bei Weibergiftung vorliegt, vererblich ist, daß dieser Frage also eine Bedeutung für die generative Entwicklung der Menschheit zukommt.

Nun hat man in den letzten Jahren einige Verord-nungen für den Malerberuf erlassen, doch ohne Erfolg; man hat der Hygiene eine weit bedeutendere Rolle zuge-wiesen als der Heilkunde im engeren Sinne, aber die hygienischen und prophylaktischen Maßnahmen haben nicht verhindern können, daß die andauernde Schädigung der Berufskollegen in ihrer Gesundheit dadurch verringert

worden ist. Auf wessen Seite die Hauptschuld liegt, soll nicht meine Aufgabe sein, hier zu untersuchen, nur eines will ich hervorheben, die Regierung sowie die Arbeitgeber haben sich um die Bekämpfung der Weibergiftung im Maler-beruf kein großes Verdienst erworben.

Aus dieser Bedeutung folgt eine gebieterische Pflicht, daß sowohl die Arbeiterorganisationen wie auch die Kran-kenkassen sich dieser Frage annehmen. Die Belehrung der Arbeiter, die ja am meisten durch die Arbeiterorganisa-tion gefördert werden kann, hat sich nicht nur auf das zu erstrecken, was die Arbeiter selbst persönlich zu tun haben, um sich vor Weibergiftung zu schützen, sondern auch auf das, was sie von den Unternehmern zu verlangen be-rechtigt sind. — Auch bei den Verhandlungen mit den Unternehmern, sowohl bei Verhandlungen mit einzelnen als auch bei Tarifverhandlungen und selbst in Lokalkämpfen kann die Verhütung gewerblicher Vergiftungen eine Rolle spielen.

Wenn die Arbeiterorganisationen selbst dem Gesund-heitschutz ihrer Mitglieder erhöhte Aufmerksamkeit zu-wenden, wenn sie ihre Mitglieder dazu anleiten, sowohl bei sich selbst, wie in den Betrieben, in denen sie arbeiten, auf Durchführung der behördlichen Vorschriften zu achten, dann wird gar manche Verordnung, die heute nur auf dem Papier steht, in die Wirklichkeit umgelegt werden, manche Verordnung erlassen und durchgeführt werden können, die heute als „undurchführbar“, „technisch unmög-lich“ es nicht einmal zu einer papierenen Existenz bringen kann.

Zweierlei scheint mir so in erster Linie notwendig zur Bekämpfung der Weibergiftungen überhaupt: Ver-kräftigung der Arbeitszeit vor allem in dem Malerberufe, intensivste Mitarbeit der Krankenkassen und der Arbeiterorgani-sationen.

Die Meinung des Kollegen Zeiß, daß die Kranken-, Sterbe- und Reiseunterstützung mit den Aufgaben einer Gewerkschaft in nur sehr losem Zusammenhang stehen, ist eine durchaus irrige und durch die Tatsachen längst wider-legte. Man kann im Gegenteil sagen, daß die Gewerkschaften ein wesentliches Interesse an der Entwicklung der Arbeiterschutzgesetzgebung haben und daß ihnen durch diese wie auch durch die Arbeiterversicherungsgesetzgebung neue Tätigkeitsgebiete eröffnet wurden.

M. Buschold, Berlin.

Das Geipenst der Arbeitslosigkeit vor dem Reichstage.

II.

Die Antwort, die der Vertreter der Reichsregierung, Staatssekretär von Bethmann-Sollweg, auf die Wolkensühr'sche Anklage gab, bewegte sich in den Bahnen, die einem Verteidiger des kapitalistischen Staates vorgezeichnet sind und die er nicht verlassen darf, ohne die kapitalistische Gesellschaft selbst zu verneinen. Zunächst sprach der Minister seine Befriedigung darüber aus, daß die wirtschaftliche Krise in Deutschland nicht so plötzlich und nicht so schroff eingeleitet habe wie in anderen Ländern, zugleich gab er auch der Hoffnung Ausdruck, daß die Krisis bald nachlassen werde. Dann wandte er sich zu der prakti-schen Seite der Frage: „Weide Redner, die die Anfrage ihrer Forderung begründet haben, fordern eine Arbeits-losenstatistik, die in regelmäßigen Abständen wiederholt werden soll. Wir haben uns auf Grund von Anträgen aus der Mitte des Hauses in der vorjährigen Stadebatte ausführlich darüber unterhalten, daß wir in der Veran-staltung von Statistiken nicht zu weit gehen und nur solche Statistiken ins Auge fassen wollen, welche wirklich brauch-bare Werte schaffen. Ich will es heute noch nicht abso-lut aussprechen, aber ich kann mir gegenwärtig noch keine rechte Vorstellung davon machen, wie es möglich sein soll, eine Arbeitslosenstatistik nach solchen Merkmalen aufzu-stellen, daß sie wirklich brauchbar ist. Zeit und Grund der Arbeitslosigkeit müßten doch unabweislich berücksichtigt werden. Weiter würden wir zu der Aufarbeitung einer solchen Statistik eine sehr lange Zeit brauchen, und wenn wir schließlich ihre Ergebnisse hätten, wäre die Zeit der Arbeitslosigkeit längst vorüber. Weide Abgeordnete haben die Arbeitslosenstatistik auch als gute Grundlage für die Beurteilung der Möglichkeit oder Schädlichkeit der Kar-telle und als Grundlage für die Arbeitslosenversicherung bezeichnet. Ob sie uns aber wirklich ermöglichen würde, in der sehr schwierigen und verwickelten Frage der Kar-tellpolitik zu endgültigen Schritten zu kommen, ist mir doch sehr zweifelhaft.“

Was die Arbeitslosenversicherung betrifft, die dem Herrn Abg. Wolkensühr als ein sofort erreichbares Ziel vorschwebte, so halte ich mit Herrn Pieper diese Frage durchaus noch nicht für reif. Für die Probleme, die da zu lösen sind, liegen noch in keiner Weise die Grundlagen vor. Obwohl ich die Literatur und die Verhandlungen in anderen Parlamenten mit der größten Sorgfalt ver-folge, habe ich noch nirgends einen irgendwie greifbaren praktischen Plan für eine Reichs-Arbeitslosenversicherung gefunden. Die Schwierigkeiten sind außerordentlich groß, z. B. bei der Kontrolle der Arbeitslosen, bei der Be-messung der Unterstützung, der differenziellen Behand-lungen der verschiedenen Arbeiter, bei der Frage der Auf-bringung der Beiträge usw. Ich glaube nicht, daß die Schwierigkeiten so überwunden werden können, daß mir jemals zu einer durch das Reich durchgeführten Arbeits-losenversicherung kommen werden. Ich spreche hier meine Überzeugung aus, ich habe eben nicht den Optimismus des Herrn Wolkensühr, der es für möglich hält, diese Frage von heute auf morgen zu regeln. Bei einer Frage, die das Leben der Nation so nahe berührt, sollten wir uns nur auf diejenigen Gegenstände beschränken, die einer konkreten Lösung fähig sind.“

Hier zeigt sich der kapitalistische Staatsmann in seiner ganzen Größe: tritt irgend ein Notstand auf, der im Wesen des Kapitalismus begründet ist, so wird darüber gellagt und die schlimmen Folgen werden bedauert, aber machen läßt sich nichts dagegen; die Schwierigkeiten wer-den als unüberwindlich geschilbert und wer eine Beseiti-gung des Notstandes fordert, ist ein Optimist, der alles im rosigem Lichte erblickt. Und dabei lehrt uns die Er-fahrung, daß die Optimisten noch immer recht bekommen haben mit ihren Voraussagen und daß die meisten Vor-schläge, die ursprünglich als undurchführbar be-zeichnet wurden, später b e r w i r k l i c h w o r d e n sind. Wir wünschen dem Herrn Minister eine Gesund-heit, damit er die Reichs-Arbeitslosenversicherung noch er-lebt, wir wünschen ihm aber auch so viel Unparteilichkeit, daß er der sozialpolitischen Entwicklung keine Hindernisse in den Weg legt.

wird Friede, geschäftliche Ruhe und Kraft in das Gewerbe hineingetragen. Der Geldbeutel ist weder katholisch noch protestantisch, sondern international und eine solche Idee muß natürlich durchdringen. Es heißt: die Innungen sind gut zum Spalierstehen. Solche vagen Behauptungen wirken geradezu beleidigend. Ich behaupte, daß wir in unserem Gau bloß viertelfertig mit dem Arbeitgeberverband wären, wenn wir keine Innungen hätten. Die vollendetste Form ist und bleibt die Zwangsinnung. Die Arbeitgeberver-bände bedeuten aber einen weiteren wichtigen Schritt in der Organisation. Aber man soll nicht vergessen, daß unsere Arbeitgeberverbände ihre Mit-glieder meistens aus den Innungen ziehen. Ich sehe nicht ein, wenn sie ein anderes Schilb aushängen, daß man nun mit einemmal Fortschrittler sind: (1) Wir können durch gekräftigte Innungen in allen Städten mit Leichtigkeit unser Material für die Arbeit-geberverbände herausziehen. Wir werden dahin kommen, die Innungen korporativ den Arbeit-geberverbänden zuzuführen. Die Regierung kann sich den allgemeinen Strömungen nicht verschließen. Unser Gau erstreckt sich von Eisenach bis Wipplowitz. Wir haben z. B. in Thüringen 222 kleine Städte noch zu orga-nisieren. Da kommt der Gau nicht auf seine Kosten, trotz-dem muß die Arbeit geschafft werden.

Gagelmann: Die Innungen sind die Schule für den weiteren Ausbau der Arbeitgeberverbände. Die Innungen sind die Grundlage gewesen für alles, was wir seit einigen Jahren an neuem erfahren, gelesen, gesehen und gehört haben. Deshalb bitte ich Sie alle, ja die Innungen zu behalten, festhalten, nichts aufgeben, immer festhalten und noch mehr gründen. (1)

Grüner plädiert für korporativen Anschluß der Innungen an die Arbeitgeberverbände. Man müsse eine Entscheidung provozieren durch Übertritt einer Innung. Es ist möglich, daß der Reichstag nichts einwendet. Was in Hamburg erlaubt ist, müsse wo anders auch erlaubt sein.

(Schluß folgt.)

Der Redner fuhr fort: „Nun zu den Arbeitsnachweiservereinen in Leipzig. Es werden dort die Vereine ihrer Arbeit in dieser Frage abgeben, die am besten dazu berufen sind. Die Reichsverwaltung wird dieses Urteil mit allem Nachdruck prüfen. Dann ist noch die Frage der Einrichtung von Wanderarbeitsstätten besprochen worden. Dieser Gegenstand gehört wenigstens gegenwärtig nicht zur Kompetenz des Reiches. Bei dem geringen Umfang, den diese Einrichtung bisher in den Einzelstaaten angenommen hat, ist es gegenwärtig auch nicht möglich, diese Frage gesetzlich zu regeln. Bekanntlich ist in Preußen ein Wanderarbeitsstättengesetz erlassen worden. Es hat aber nicht zu denjenigen Ergebnissen geführt, die seine Freunde wünschen.“

Nun zu dem Punkte, der das Reich in seiner Kompetenz am nächsten betrifft, der Stellung, die das Reich in seiner Eigenschaft als Arbeitgeber zur Frage der Arbeitslosigkeit einzunehmen hat. Ich habe mich mit den preussischen Verfassern in Verbindung gesetzt und auch andere Auskünfte darüber eingeholt. In den Reichsvereinsarbeiten Arbeiterentlassungen und Lohnverkürzungen nicht stattgefunden, und das gleiche ist mir von den preussischen Betrieben mitgeteilt worden.“

Das Schlussergebnis der Ausführungen des Ministers war folgendes: „Leider gibt es kein Spezialmittel, um gewerbliche Stockungen und die mit ihr in der Folge verbundene Arbeitslosigkeit zu beseitigen und ihre schlimmen Wirkungen ganz zu heilen. Es gehört zu einer richtigen Politik, daß wir in erster Linie die Industrie und damit auch die Arbeiterschaft leistungsfähig erhalten. Unsere Wirtschaftspolitik ist betreffs des Außenmarktes durch den Abschluß von Handelsverträgen daran gerichtet und unsere Inlandspolitik hat mit Erfolg daran gearbeitet, den inneren Markt zu heben. Wenn wir an diesen Grundlagen unseres Wirtschaftslebens festhalten, dann wird es uns hoffentlich gelingen, die Wirkungen solcher Krisen abzumildern.“ Ein sehr mageres Resultat!

Ebenso mager war auch die Ausbeute, die bei der Besprechung der Interpellation herausgekommen ist. Die Redner der bürgerlichen Parteien gingen wie die Rede um den heißen Brei herum und suchten mit Verlegenheitsphrasen das schwierige Problem der Massenarbeitslosigkeit aus der Welt zu schaffen. Ein nationalliberaler Abgeordneter meinte, wir befänden uns allerdings in einer rückläufigen wirtschaftlichen Bewegung, aber von einer allgemeinen Wirtschaftskrise könne keine Rede sein. Das Ausland trage Schuld an dem Niedergange, die deutsche Wirtschaft und Sozialpolitik sei unschuldig daran. Der Redner verteidigte sich sogar zu der Behauptung, daß die Ausgaben für Heer und Marine die letzte Arbeitslosenversicherung darstellten, da uns dadurch der Friede und ruhige wirtschaftliche Zustände garantiert würden. Ein freisinniger Redner behauptete, daß die Unternehmer in den letzten Jahrzehnten wesentlich sozialer und arbeiterfreundlicher geworden seien, dagegen sei die Arbeiterschaft immer mehr unternehmerfeindlich geworden. Ein konservativer Agrarier schob den Vogel ab, indem er meinte, die Arbeitslosenunterstützung werde vorwiegend den arbeitsscheuen Elementen zugute kommen, da eine Unterscheidung zwischen unverschuldeten Arbeitslosen und Arbeitsscheuen nicht möglich sei; den Arbeitsscheuen könne es wohl passen, jeden Tag 2 M. Unterstützung in die Tasche zu stecken und sich auf die faule Haut zu legen. Offenbar verwechselt der Redner die arbeitsscheuen Drogen in der heutigen Gesellschaft, die bei Sekt und Aukstern, bei Kartien und Weibern ein arbeitslos Dasein führen, mit jenen Opfern der göttlichen Weltordnung, die die Landstrassen bevölkern und im Sturm und Wetter ihr elendes Dasein dahinschleppen. Auf die von bürgerlicher Seite geführte Debatte drückte der Agrarierhauptide Dr. Hahn den Stempel auf, indem er die freche Aeußerung tat: „Die Arbeitslosenunterstützung ist weiter nichts als eine Prämie auf die Faulheit!“ Wir werden uns diese Unverschämtheit merken und sie bei Gelegenheit dem agrarischen Präher unter den Schnabel reißen.

So verlief denn die Arbeitslosendebatte resultatlos wie das Hornberger Schießen. Der moderne Staat und die moderne kapitalistische Gesellschaft ist eben total unfähig, die Arbeitslosigkeit gründlich zu beseitigen. Das soll der Staat auch gar nicht, wie die „Deutsche Arbeitsberztg.“ behauptet, denn in einer Fürsorge des Staates für die Arbeitslosen sei ein höchst bedenkliches Zeichen der Entartung zu erblicken. „Das Ideal der Menschheitserziehung ist die Heranbildung des einzelnen Individuums zu möglichstster Selbstständigkeit unter gleichzeitiger gewissenhafter Rücksichtnahme auf das Wohl der Allgemeinheit.“ Dieses Lob des Individualismus und der Selbsthilfe klingt sehr schön im Munde eines wirtschaftlich und sozial gesicherten Menschen, einem Arbeitslosen indes klingen sie wie ein blutiger Hohn und ein ätzender Spott auf sein Elend.

Arbeitslöhne und Lebensmittelpreise in Straßburg i. C.

Auf Beschluß des Straßburger Gemeinderats vom 12. Dezember 1906 beauftragte der Bürgermeister Dr. Schwander das städtische statistische Amt mit einer Massenlohnenquête. Diese Untersuchung, um die sich der Direktor dieses statistischen Amtes sehr bemüht hat, liegt seit einiger Zeit in ihren Ergebnissen vor. (Straßburger Arbeitslöhne und Lebensmittelpreise in den Jahren 1900 bis 1907. Von Dr. R. Eichelmann, Direktor des statistischen Amtes der Stadt Straßburg.) Es ist das Heft VII der Beiträge zur Statistik der Stadt Straßburg, herausgegeben vom statistischen Amt der Stadt Straßburg.

Die Arbeit ist, das betont der Verfasser von vornherein mit Recht, unvollständig. Und das ist durchaus begreiflich, wenn man das zu beurteilende Material betrachtet. Die Zahlen bekränkten sich auf die in der Ortskrankenkasse versicherten Arbeiter, Frauen und Jugendlichen sind dabei ausgeschlossen. Damit fallen u. a. diejenigen aus, die in Betriebs- oder anderen Krankenkassen allein versichert sind. Und das ist ein nicht geringer Teil. Darunter sind nach Angaben der Schrift z. B. die Arbeiter von Maschinenfabriken, der Papiermanufaktur, des Gaswerks, der Straßenbahn, von Brauereien usw. Von allen diesen Klassen die Zahlen zu sammeln, wäre zweifellos eine zu zeitraubende und auch zu unzuverlässige Arbeit gewesen. Den Kern der Arbeiter enthält schließlich doch die Ortskrankenkasse und damit können die Zahlen derselben durchaus als Grundlage für eine exakte Untersuchung gelten. Was die Zuverlässigkeit der Zahlen angeht, so ist dieselbe

durch ihre Quelle, die Leitung der Ortskrankenkasse, garantiert. Und es war durchaus richtig, daß an dieser Stelle das Material gesammelt wurde. Bei den Organisationen hat das statistische Amt nicht angefragt, weil es die Ergebnisse dieser Anfrage nicht für zuverlässig hielt. Dieses Mißtrauen des statistischen Amtes weisen die Gewerkschaften als ungerechtfertigt zurück — ohne daß damit bestritten werden soll, daß die Angaben der Ortskrankenkasse zuverlässiger sind.

Der leitende Gedanke bei der Untersuchung ist nun folgender: Es werden nach Berufen die jährlichen Durchschnittslöhne festgestellt; das sind also die Löhne, die in diesem oder jenem Beruf in einem bestimmten Jahre durchschnittlich pro Tag verdient werden, nicht was jeder einzelne verdient hat; das ist ja sehr verschieden. Man hat also in einer bestimmten Berufsgruppe die tatsächlich verdienten Löhne der Arbeiter zusammengezählt, dann durch die Zahl der Arbeiter dividiert und so berechnet, was durchschnittlich jeder Arbeiter verdient. Nun hat man sich damit nicht begnügt, sondern hat noch bestimmte Personengruppen im Steigen der Löhne verfolgt. Zum Beispiel: Im Jahre 1900 waren bei der Ortskrankenkasse eingetragen 6945 gelehrte Arbeiter (abgesehen von Frauen und Jugendlichen). Diese 6945 Mitglieder beobachtet der Verfasser bis zum Jahre 1907 im Anwachsen ihrer Löhne, und zwar nach den Berufen getrennt. Um also die Hauptberufe herauszugreifen, stellt er fest:

Metallbearbeitung	530
Industrie der Holz- und Schnitzstoffe	688
Baugewerbe	1311
Handelsgewerbe	308
Häusliche Dienste und Lohnarbeit wechselnder Art	2180
usw. usw.	

Dann werden — wieder nach Berufen — diejenigen festgestellt, die seit 1901 ununterbrochen bis 1907 in der Ortskrankenkasse versichert sind und bis zu diesem Jahre verfolgt. Dann werden diejenigen herausgegriffen, die 1902 bei der Ortskrankenkasse angemeldet wurden usw., 1904, 1906, 1907. So hat man 7 Gruppen von Personen, die 7, 6, 5, 4, 3, 2 und 1 Jahr lang in der Steigerung der Löhne verfolgt werden können. Auf diese Weise erhält man tatsächlich ein klares Bild von der Veränderung in den Löhnen. Greifen wir einmal das Baugewerbe heraus. Gelehrte Arbeiter des Baugewerbes waren beschäftigt, nur in der Zeit

I. 1900—1906	1311
II. 1901—1906	250
III. 1902—1906	191
IV. 1903—1906	328
V. 1904—1906	278
VI. 1905—1906	351
VII. 1906	502

Im ganzen also 1906 3211. Jede dieser 7 Gruppen wird nun verfolgt.

Gruppe I verdiente:	
im Jahre 1900	3.61 M.
im Jahre 1904	3.87 M.
im Jahre 1901	3.63 "
im Jahre 1905	4.02 "
im Jahre 1902	3.61 "
im Jahre 1906	4.13 "
im Jahre 1903	3.74 "
Gruppe II verdiente:	
im Jahre 1901	3.42 M.
im Jahre 1904	3.72 M.
im Jahre 1902	3.44 "
im Jahre 1905	3.88 "
im Jahre 1903	3.60 "
im Jahre 1906	4.06 "

So können nach den Zahlen des uns vorliegenden Berufs auch die andern Gruppen berechnet werden. Es ergibt sich, daß — je nach der Zeitdauer — im gleichen Jahre der Verdienst verschieden war. Im Jahre 1906 verdiente

Gruppe I	4.13 M.	Gruppe V	4.01 M.
II	4.06 "	VI	4.14 "
III	4.09 "	VII	4.08 "
IV	4.07 "		

Außerdem sind dann noch die Durchschnittslöhne überhaupt festgestellt, ohne besondere Rücksicht auf die Zeit, in der die einzelnen bei der Ortskrankenkasse eingeschrieben waren. Es wurde also einfach berechnet, wie hoch überhaupt in irgend einem Jahre der durchschnittliche Tagelohn war. Dabei ergibt sich, wenn wir die wichtigsten Berufe herausgreifen (die Jahre 1901, 1903, 1905 lassen wir der Kürze halber weg):

Industrie der Maschinen und Werkzeuge	1900	1902	1904	1906
	3.84	3.80	3.88	4.09
Baugewerbe	3.61	3.58	3.82	4.10
Handelsgewerbe	3.55	3.52	3.58	3.78
Metallbearbeitung	3.59	3.52	3.56	3.72
Industrie d. Holz- u. Schnitzstoffe	3.42	3.44	3.61	3.74
Häusliche Dienst- und Lohnarbeit wechselnder Art	2.89	2.88	2.98	3.15
usw. usw.				

Das Fallen der Löhne in den Jahren 1900—1902 hängt mit der schweren Wirtschaftskrise dieser Jahre zusammen. In welcher Weise die einzelnen Berufe verfolgt werden, gibt eine sehr interessante Statistik an. Darin wird festgestellt, wie viel Personen in jedem Beruf im Jahre 1900 mehr oder weniger als 4 M. verdient haben. So haben von

243 Arbeitern in der Industrie der Steine und Erden:	
im Jahre 1900 weniger als 4 M. verdient	69,5 %
im Jahre 1906 weniger als 4 M. verdient	30,5 %
	39,0 %

39 Prozent haben infolgedessen eine Steigerung der Löhne von unter 4 M. auf über 4 M. erfahren. Natürlich paßt diese Scheidelinie von 4 M. nicht überall. Im allgemeinen trifft sie wohl das Richtige.

Der Raum, der uns zur Verfügung steht, läßt es nicht zu, daß wir hier an dieser Stelle auch nur einen Auszug aus der Schrift geben. Was wir begreiflich machen wollen, ist die Methode, nach der die Untersuchung über die Steigerung der Arbeitslöhne geführt ist; und wir begnügen uns jetzt, einige dieser Resultate mitzuteilen.

Durchweg ist im allgemeinen ein allmähliches Steigen der Löhne zu konstatieren. Am meisten stiegen die Gruppen:

Reinigung und Bekleidung	mit 16,72 %
Handelsgewerbe	14,65 "
Industrie der Holz- und Schnitzstoffe	14,69 "
Papierindustrie	14,47 "
Baugewerbe	14,40 "
Häusliche Betriebe für gewerbliche Zwecke	14,29 "
Verkehrsgewerbe	14,24 "
Versicherungsgewerbe	13,84 "

Zwei Industrien, die schon im Jahre 1900 einen hohen Durchschnittslohn aufwiesen, zeigten eine verhältnismäßig geringe Steigerung, und zwar die Industrie der Steine und Erden . . . 9,47 % das polygraphische Gewerbe . . . 9,87 % Am allerwenigsten (8,78 %) sind die Löhne der in der Straßburger Landwirtschaft beschäftigten Arbeiter gestiegen.

Der zweite Teil der Arbeit befaßt sich mit der Steigerung der Lebensmittelpreise in den letzten 7 Jahren. Hat das Steigen der Löhne den Arbeiter bereichert und haben sich die Lebensmittelpreise so erhöht, daß überhaupt etwas gewonnen ist? Da muß Dr. Eichelmann bereits in der Einleitung sagen:

Aus der Markt- und Ladenpreisstatistik für die unserer Arbeit zugrunde liegende Zeit treten uns Zahlen entgegen, die von dem Optimismus in der Darstellung der Löhne einen großen Teil abstreifen, die für manchen Familienater die Lohnaufbesserung illusorisch machen.

Die Berechnung, die gemacht wird, bedarf wohl einer Kontrolle. Dr. Eichelmann stellt folgendes fest: „Mit Ausnahme der Milch . . . sind alle Hauptnahrungsmittel so ziemlich in gleichem Maße im Preise gestiegen wie die Löhne. Einige Fleischsorten haben diese Steigerung wohl übertroffen . . .“

Die Berechnung, die im einzelnen aufgestellt wird, ist wohl angreifbar. Wir stellen sie in folgendem dar. Von 10 kleinstädtlichen bzw. Arbeiterfamilien mit zusammen 37 Köpfen wurden im Jahre 1907 ausgegeben: 14 484,90 Mark, und zwar im einzelnen:

13,2 %	für Fleischnahrung,
9,7 "	" Milch,
9,2 "	" Brot,
3,3 "	" Mehl und Hülsenfrüchte,
2,9 "	" Kartoffeln,
2,2 "	" grüne Gemüse,
1,8 "	" Eier,
1,7 "	" Schmalz,
20,2 "	" sonstige Nahrungsmittel (darunter 1,5 % für alkoholische Getränke in Wirtschaften).

Dazu kommen 64,2 % für Nahrungsmittel überhaupt, 35,8 % für Miete, Kleidung, Heizung usw.

Nun nimmt Dr. Eichelmann an, daß alle Nahrungsmittel im gleichen Maße gestiegen sind; nur die Milch nicht, die er mit 9,7 Proz. des ganzen Verbrauchs ansieht und die 20,2 Proz. „sonstige Nahrungsmittel“ nicht. Das gibt zusammen 29,9 oder rund 30 Prozent. Demnach wären von den Nahrungsmitteln 35 Prozent des ganzen Verbrauchs im Preise gestiegen, 30 Prozent nicht. Nun bleiben an „sonstigen Ausgaben“ (Miete usw.) noch 35,8 Prozent übrig. Dabei werden 10 Prozent auf Miete, 5 Prozent auf Heizung und Beleuchtung angelegt. Diese letzteren sind nach Eichelmanns Angaben im Preise gestiegen. Die übrigen 10,8 Proz. der „sonstigen Ausgaben“ haben jedoch keine Erhöhung erfahren. Das ergäbe also folgendes Bild:

Gestiegen im Preis:	
34,3 Proz.	der Nahrungsmittel,
10,0 "	Miete,
5,0 "	Beleuchtung und Heizung
49,3 Proz.	
Nicht gestiegen im Preis:	
9,7 Proz.	für Milch,
20,7 "	sonstige Nahrungsmittel,
20,8 "	verschiedenes,
50,7 Proz.	

Nun gesagt, hätten also die halben Ausgaben des Arbeiterhaushalts eine Erhöhung im Preis (und zwar mit den Löhnen) erfahren. Die andere Hälfte wäre stehen geblieben. Daraus zieht nun der Verfasser — durchaus folgerichtig — den Schluß, daß die Erhöhung der Löhne zur Hälfte durch das Steigen der Lebensmittelpreise verschlungen worden sei; die andere Hälfte sei jedoch gewonnen, gleichviel, ob sie in Ersparnissen angelegt werde oder, was häufiger vorkommen werde, die allgemeine Lebenslage gehoben habe, indem kräftigere und reichlichere Nahrung an Stelle einer früher wenig ausreichenden Ernährungswaise getreten sei.

Das ist, was der Verfasser der Arbeit als wissenschaftliches Ergebnis der Arbeit ansieht. Er will natürlich diesen Schluß nicht überall anwenden. Das ist klar. Es handelt sich im wesentlichen nur um eine Durchschnittszahl. Denn die Lohnerbhöhung ist in den verschiedenen Berufen eine ganz verschiedene gewesen, so daß die Vergleiche mit der Lebensmittelpreissteigerung nicht bei allen Berufen das gleiche Resultat ergeben können.

Sind nun diese Schlußfolgerungen, wie sie in der Arbeit gezogen werden, richtig? Die Antwort auf diese Frage läßt sich so ohne weiteres nicht geben. Es mag sein, daß in diesem oder jenem Beruf die Lohnerbhöhung größer ist als die Steigerung der Lebensmittelpreise. Im einzelnen das zu untersuchen, wäre eine schwierige und umfangreiche Arbeit. In vielen Berufen ist dies sicher nicht der Fall. Es gibt gewiß mancherlei Erwerbszweige, in denen die Erhöhung der Löhne den gestiegenen Ansprüchen des Lebens nicht nachgekommen ist. Aber nehmen wir wirklich an: es seien zahlreiche Kategorien von Arbeitern vorhanden, denen ihr jetziges Einkommen ein etwas besseres Leben gestattet. Wir sind sehr im Zweifel darüber, aber wir wollen den Fall setzen: Was würde das heißen? Das bedeutete höchstens, daß es nicht mehr so schlimm ist wie früher, nicht aber — daß es besser geworden sei. Wenn eine kleine Mehreinnahme verwendet worden ist, eine etwas hellere oder lustigere Wohnung zu nehmen, oder den Speisegeld zu „reformieren“, oder der Kleidung mehr Beachtung zu schenken oder mehr zu lesen, oder was sich sonst alles anfangen läßt; — ist das nicht mehr wie recht und billig? Wäre es doch so, daß — wie sich Dr. Eichelmann in der Schrift (S. 20) ausdrückt — sich die bessere wirtschaftliche Lage der Arbeiter in „Ersparnissen klingender Münze“ äußerte, äußern könnte! Der weitaus größte Teil der Arbeiterschaft, der Proletariat überhaupt, kann eine tatsächliche Vermehrung der Einnahmen, wenn die Steigerung der Lebensmittelpreise etwas übrig läßt, nur dazu benutzen, das Leben einigermaßen menschenwürdig auszustatten — für Luxus bleibt da weniger als nichts. Fest steht mithin, daß die Arbeiterschaft, die um bessere Entlohnung ihrer Arbeit kämpft —

selbst vom bürgerlichen Standpunkt aus — nur dem Drängen der Wirtschaftslage im allgemeinen folgte.

Der größte Teil der Arbeiterschaft bleibt in unserer herrschenden Wirtschaftsordnung mit seinem Einkommen immer dicht hinter dem absolut Notwendigen zurück; ist vom Unternehmer so gehalten, daß er von der Hand in den Mund leben muß und eher zu wenig hat als zu viel.

Lobbewegung

3. Bezirk.

Ueber die Firma Mäcker-Düsseldorf, die in Kiel auf der Kaiserlichen Werft Anstreicherarbeiten ausführt, ist wegen Nichtinnehaltens des Lohntariffs die Sperre verhängt.

Ladierer.

Der Streit sämtlicher Branchen in der Fahrradfabrik Viktorwerke in Nürnberg dauert unverändert fort.

Zuzug von Ladierern nach Nürnberg ist strengstens fernzuhalten.

Die Strebelwerke in Mannheim sind gesperrt. Die Direktion will die Akkordlöhne um 30—60 Proz. kürzen.

Aus unserem Verufe.

Arbeitslosenzählung im Bezirk 4.

Da während unserer sog. „Saison“ fast aus allen Orten eine stetig wachsende Arbeitslosigkeit gemeldet wurde, sah sich die Bezirksleitung veranlaßt, im dritten Quartal d. J. eine Zählung der Arbeitslosen vorzunehmen. Die Mitte des dritten Quartals war hierzu insofern am geeignetsten, weil in den Vorjahren jeder zugereifte Kollege in Arbeit treten konnte. Mit der Zählung, die am 9. August stattfand, wurde auch gleichzeitig die Zahl der Beschäftigten festgestellt. Das Ergebnis war, daß rund 850 Gehilfen = 7,4 Proz. weniger wie im Vorjahre beschäftigt wurden.

Von den 4188 Mitgliedern, die am Schlusse des zweiten Quartals vorhanden waren, beantworteten 2992 = 71,4 Proz. die gestellten Fragen. Von diesen Befragten waren 376 = 12,6 Proz. arbeitslos und 68 = 2,3 Proz. krank.

Der Uebersicht halber lassen wir die detaillierte Aufstellung folgen, die zugleich ein Ansporn für die Filialen sein soll, die sich in ungenügender Weise an der Beantwortung beteiligten:

Table with 8 columns: Name der Filiale, Zahl der Organisierten, Zahl der Befragten, In Prozenten, Zahl der Arbeitslosen, In Prozenten, Zahl der Kranken, In Prozenten. Rows include Nachen, Bielefeld, Bochum, Köln, Erefeld, Detmold, Dortmund, Duisburg, Düren, Düsseldorf, Elberfeld, Essen, M.-Glabbach, Pagen, Hamborn, Hamm, Herford, Herne, Müdenscheid, Münster, Osnabrück, Stegen, Wesel.

* Verunsfälle. Durch recht eigenartige Unfälle hat die Filiale München zwei ihrer Mitglieder verloren. Am 19. November stürzte Kollege Frösche plötzlich von einem fahrbaren Gerüst in der Höhe von 3,70 Meter herab. Er blieb mit dem Schuh an einem Nagel hängen, sodaß der Schuh der Länge nach aufgerissen wurde. Der Unglückliche fiel mit dem Kopfe auf den Betonboden, wobei er einen Schädelbruch erlitt, der den sofortigen Tod zur Folge hatte. — Der zweite Fall — in Verbindung mit Raubmord — ist noch tragischer, indem Kollege Krämer, ein ganz ruhiger, harmloser Mensch, am Samstag den 21. November, abends 1/2 Uhr nach Arbeitsschluss in der Werkstatt seines Meisters niedergeschlagen wurde. Darauf wurden seine Kleider mit einer brennbaren Flüssigkeit übergossen und angebrannt, sodaß der Tod wenige Stunden später eintrat. Dem auf diese grausame Weise ums Leben gebrachten Kollegen fehlte der Lohn im Betrage von 9,50 M und eine Stahluhr.

Submissionen. Bei der Ausschreibung der Malerarbeiten in den neuerbauten Kasernen in Duedlinburg liegen folgende niedliche Offerten ein: Höchstangebot 20000 Mark. Die am Orte befindlichen Meister Bretschneider und Lewede hatten ein Angebot von 20000 Mark abgegeben, es aber in einem Nachgebot auf 18000 Mark reduziert, und werden nunmehr für diesen Preis die Malerarbeiten von den Firmen Schneider, Bretschneider und Lewede ausgeführt. Wie gewöhnlich, sollen aber auch hier die Arbeiter ihre Knochen zum Markt bringen. Da man sich bei diesem Preis allem Anschein nach stark verrechnet hat, wollte man die Arbeiten in Akkord ausführen lassen, mußte aber davon Abstand nehmen, da im Duedlinburger Tarif Akkordarbeit verboten ist. Also auch so ein „Dokument der Schande“, wird der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes in seiner phrasenreichen Sprache sagen. Ueber die Herren wissen sich zu helfen, und dabei kommt ihnen besonders die große Arbeitslosigkeit und das Ueberangebot von Arbeitskräften zu statten. Die Leistungsfähigkeit der Gehilfen wird gelagert. Man verlangt, daß ein Gehilfe 15 Fenster ein-

seitig mit Falze bei 7 1/2stündiger täglicher Arbeitszeit freichen soll, eine Leistung, die natürlich keiner der in Frage kommenden Meister vorzuziehen wird. Da die solide Ausführung dieser Arbeiten bei solcher Arbeitsweise stark anzuzweifeln ist, legen wir voraus, daß die Militär-Bauverwaltung ihr besonderes Augenmerk auf die auszuführenden Malerarbeiten richtet.

Ueber die Versuche mit Bleiweiß und Zinkweiß in Frankreich.

die, wie unseren Kollegen bekannt ist, die Gesellschaft für öffentliche Medizin vor fünf Jahren unternommen hat, sind nunmehr von der genannten Pariser Gesellschaft die Resultate veröffentlicht worden. Die Versuche wurden mit chemisch reinen Bleiweiß- und Zinkweißfarben an fünf verschiedenen Orten im freien und in geschlossenen Räumen des Pasteurischen Instituts in Paris vorgenommen und zwar

- 1. an einer Giebelmauer, die vorher noch nie angestrichen war;
2. an zwei eisernen Fensterläden an der Außenseite des Erdgeschosses einer Wohnung;
3. an drei eisenblechernen Tafeln, die den Unterteil einer dreiflügeligen Tür bildeten;
4. an hölzernen Türen und Pfosten eines an die Straße anschließenden Zimmers, inwendig.

Die Arbeiten wurden in Gegenwart der Kommission, in der auch das Syndikat der Pariser Bauunternehmer vertreten war, von Malermeistern ausgeführt. Zwei Monate nach Ausführung dieser Versuche versammelte sich die Kommission zum zweiten Male, um ihr Urteil zu geben. Dieses lautete wie folgt:

Die Zinkweißanstrichmasse verarbeitet sich ebenso leicht und gut wie diejenige von Bleiweiß, Deckkraft und Trockenfähigkeit der beiden Farben, sind ungefähr die nämlichen. Bezüglich der Widerstandsfähigkeit gegen die atmosphärischen Einflüsse und Dauerhaftigkeit der Anstriche verurteilte die Kommission darauf, damals schon ihr Urteil zu geben; sie beschloß vielmehr, sich während fünf Jahren je einmal bei den Versuchsanstrichen einzufinden und nach Ablauf von fünf Jahren erst endgültig ein Urteil zu nehmen.

Im Spätherbst vorigen Jahres kam die Kommission zum letzten Male zusammen und stellte folgendes fest, worüber ein Protokoll aufgenommen wurde:

- 1. An der Giebelmauer auswendig. Beide Anstriche, der eine mit Bleiweiß, der andere mit Zinkweiß, beide dreimal gestrichen, verhielten sich gleichmäßig, sie waren gleichmäßig abgenutzt.

Zwei weitere Versuche, die ohne Del hergestellt worden waren, wurden durch die Kommission als unter ungünstigen Verhältnissen hergestellt und deshalb für nicht diskutierbar erklärt.

- 2. Inwendig hatten sich die Zinkweiß- und Bleiweißanstriche gleich gehalten.

3. An den eisernen Fensterläden konnte abgültig festgestellt werden (wie an den Zusammenkünften jeder der fünf Jahre), daß der Zinkweißanstrich matter erschien als der Bleiweißanstrich. Jedoch muß erwähnt werden, daß bei dem Zinkweißanstrich tragende Flügel des Ladens jeweils länger der Luft ausgesetzt war, als bei dem anderen mit dem Bleiweiß verlebene Flügel.

4. An den Tafeln von Eisenblech wurde festgestellt, daß der Bleiweißanstrich (auf Zinkblech) sich selbste gut verhielt, der Bleiweißanstrich schien nach den fünf Versuchsjahren besser erhalten. Ein aus Zinkblech (mit dreimaligem Streichen) allein hergestellter Anstrich ließ sehr deutlich Rostspuren erkennen.

5. Auf besonderes Verlangen des Architekten Wallant war feinerzeit im halbdunklen Raume ein beiderseitiger Versuch gemacht worden, der nach fünf Jahren keinen besonderen Unterschied zwischen Bleiweiß und Zinkweiß ergab.

Gestützt auf dieses Protokoll erkannte die „Gesellschaft für öffentliche Medizin“ diesen Frühling in öffentlicher Sitzung dahin, daß sich die Versuchsanstriche mit Bleiweiß und Zinkweiß gleich gut gehalten haben und ein Vorzug des einen vor dem anderen nicht konstatierbar sei. Unter diesen Umständen könne, vom technischen Standpunkte aus, das Bleiweiß durch Zinkweiß ersetzt werden, und vom hygienischen Standpunkte aus sei ein diesbezüglicher Ersatz wünschenswert.

Endlich wird hier von einer staatlichen Versuchskommission einwandfrei dokumentiert, was von Fachmännern bereits seit Jahren festgestellt und auf Grund ihrer praktischen Erfahrungen erwiesen war. Das dürfte hoffentlich nun wesentlich mit beitragen, daß dem gesetzlichen Verbot der Verwendung von Bleifarben ein bedeutender Schritt näher gerückt ist.

Konferenz der Vertrauensmänner der Filiale Gotha und der zu Gotha gehörigen Zahlstellen.

Abgehalten am 18. November (Dienstag) in Gotha.

Bei der namentlich im letzten Jahre immer größer gewordenen Ausdehnung der Filiale Gotha ist es eine absolute Notwendigkeit geworden, daß die Vertrauensmänner der Zahlstellen in gewissen Zwischenräumen einmal zusammenzutreten, um über die Maßnahmen, die zur Stärkung und zur Förderung der Filiale unternommen werden sollen, gemeinsam zu beraten. Die vielen Fragen verwaltungstechnischer, organisatorischer und agitatorischer Natur bedingen es, daß alle diejenigen Kollegen, die zur Zeitung der Filiale und der Zahlstellen berufen sind, ihre Erfahrungen und Beobachtungen austauschen und auf diese Weise neue Mittel und Wege für eine erfolgreiche Tätigkeit ausfindig machen sowie eine Grundlage schaffen, auf der eine gemeinsame, planmäßige Arbeit für die Organisation einfließen werden kann.

Die Verhältnisse sind in den vielen kleinen Orten Thüringens oft so verschieden und eigentümlich gelagert, daß es im Interesse der Kollegen sowie der Organisation liegt, wenn sie gewissenhaft ergründet und von der Zentralstelle in Gotha dann bei der Agitation und den sonstigen Aktionen beachtet werden können. Die Zentralstelle ist dann immer in der angenehmen Lage, über die allgemeinen und auch über die speziellen Verhältnisse in den einzelnen Orten unterrichtet zu sein, sie kann dann auch bei Lohnbewegungen und sonstigen Aktionen rasch und zum Vorteil der Kollegen eingreifen.

Seitdem die einzelnen Filialen in Thüringen der Filiale Gotha als Zahlstellen angeschlossen sind, hat sich in denselben nicht nur allein in den Verwaltungen, son-

dern auch in der Stabilität der Mitgliederbewegung sehr vieles günstiger gestaltet und der Vorteil und der Wert des Zusammenschlusses der einzelnen Filialen zu einer einzigen großen Filiale kommt dadurch recht drastisch und überzeugend zum Ausdruck. Heute sind wir bereits in Thüringen so weit, daß die Organisation ihre Zähler schon in die entlegensten Orte hin erstreckt hat, in Orte, wo vor Jahren noch niemand daran gedacht hätte, dort Kollegen zu organisieren. Es kann heute ein Verbandskollege in einem Orte in Thüringen arbeiten wo er will, er ist, weil er mit wenigen Ausnahmen der Filiale Gotha angehört, immer unter einer fortgesetzten Kontrolle, die dazu führt, daß die Bewegung in Thüringen günstig beeinflusst wird.

Die Mitglieder der Filiale Gotha wohnen in ganz Thüringen, in einer Unmasse kleiner Orte, kleiner Dörfern zerstreut, und auch die Arbeitsplätze der meisten Kollegen liegen so zerstreut, daß, wenn die Organisation nicht bis ins kleinste Detail eine Durchbildung und Vervollständigung erfahren hätte, es ausgeschlossen wäre, die Kollegen zusammenzufassen. So arbeitet aber der Organisationsapparat so vorzüglich, daß ein permanenter Aufschreibung zu verzeichnen ist.

Wenn auch in Bezug auf die Aufklärung und die Durchbildung der Massen in gewerkschaftlichem Geiste noch sehr viel zu wünschen übrig bleibt, so haben wir doch die Genugtuung, konstatieren zu können, daß der Geist unter den Thüringer Kollegen heute ein ganz anderer ist, wie dies noch vor Jahren der Fall war. Heute weiß jeder Kollege in Thüringen, daß die Organisation es gewohnt ist, welche die wirtschaftliche Lage der Kollegen verbessert; er weiß, daß er nur durch die Organisation sich dauernd bessere Verhältnisse schaffen kann. Die Arbeitgeber haben durch ihr Vorgehen auch wesentlich mit dazu beigetragen, daß unseren Kollegen die Augen geöffnet wurden und die Organisation sich immer besser und schöner entfalten konnte, sie waren demnach auch ein Teil von jener Kraft, die das Böse will und doch das Gute schafft.

Die Arbeitgeber wissen unsere Organisation überall zu respektieren und mit Ausnahme von einigen erst in der letzten Zeit gegründeten Zahlstellen haben wir in allen Orten Tarife mit denselben vereinbart, ein Beweis, daß durch zähes und andauerndes Arbeiten auch der schlechteste Boden Früchte trägt.

Die in Gotha arbeitenden Kollegen wohnen in ihrer großen Mehrzahl in den anliegenden Orten; sie haben täglich 2—4 Stunden zu marschieren, um an die Arbeit und wieder nach Hause zu kommen. In allen diesen Orten haben wir Zahlstellen errichtet, in denen unsere Vertrauensmänner ihre schwere aber ergebnisreiche Arbeit für die Organisation verrichten. In 20 Orten sind jeden Sonntag unsere Vertrauensmänner tätig, um den Kollegen unsere geistige Waffe, den „W.-M.“, ins Haus zu bringen und auf diese Weise mit dazu beitragen, daß die Verbindung mit der Filiale aufrecht erhalten wird.

In unseren übrigen Zahlstellen liegen die Verhältnisse ähnlich so.

In Wolfis, wo wir 60 Mitglieder haben, ist jeder von diesen gezwungen, sein Brot außerhalb seines Wohnortes zu suchen; die große Mehrzahl kommt erst am Sonntag wieder nach Hause, um nur wenige Stunden mit der Familie und den Angehörigen zusammen zu sein.

In Cravinkel, wo wir 30 Mitglieder haben, liegen die Verhältnisse genau so, auch hier müssen die Kollegen außerhalb des Wohnortes ihren Verdienst nachgehen.

In Tambach, wo noch die schlechtesten Lohn- und Arbeitsverhältnisse von ganz Thüringen herrschen, finden die Kollegen meistens Arbeit am Orte, doch haben gerade in diesem Jahre eine Anzahl Kollegen ihr Brot auswärts suchen müssen. Die wirtschaftliche Krise hat in Thüringen in den sogenannten Baderorten genau so gehaust, wie in den Industriezentren.

In Frankenhain ist von unseren Mitgliedern jeder einzelne in einem anderen Orte beschäftigt.

In Waltershausen, das erst in diesem Jahre wieder neu gegründet worden ist, arbeiten Kollegen, die aus einer ganzen Anzahl Orte herkommen. Die Zahlstelle Waltershausen hat deshalb wieder in einer Reihe Orten Unterzahlstellen errichtet und Vertrauensleute ernannt, die die Expedition der Zeitungen und des Einlassierens der Beiträge besorgen.

Dasselbe ist mit Friedrichsroda, das erst seit kurzem wieder besteht, der Fall.

Die Zahlstelle Ruhla, hat ihre Mitglieder auch in einer Anzahl auswärtiger Orte wohnen, nur ein kleiner Teil der in Ruhla arbeitenden wohnt auch in Ruhla.

Die Zahlstelle Mühlhausen hat neben der Mehrzahl ihrer Mitglieder, die in Mühlhausen wohnen, noch eine Anzahl auswärtig wohnender Kollegen.

Auch in der Zahlstelle Ilmenau haben wir diese Tatsache zu konstatieren.

Die Zahlstelle Langensalza ist noch am weitesten zurück, doch ist zu hoffen, daß im nächsten Frühjahr auch hier in den Stammsitz und den Indifferentenkreis der Kollegen Breche gelöst wird.

Die Konferenz am 18. November war von folgenden Zahlstellen besucht: Mühlhausen, Langensalza, Ilmenau, Ruhla, Wolfis, Cravinkel, Frankenhain, Waltershausen, Friedrichsroda, Goldbach, Busleben, Siebleben, Volkstätt, Petriroda, Lütteleben, Kemnitz und Wahnitz. Die Zahlstellen Tambach, Wangerheim, Oberstadt, Sonneborn, Sandharfen, Trügleben, Uelleben und Goppiteroda waren nicht erschienen. Insgesamt nahmen 24 Delegierte an der Konferenz teil.

Die Tagesordnung lautete:

- 1. Geschäftsbericht;
2. Unsere Statistik;
3. Praktische Agitation im Bezirk der Filiale Gotha, Referent Kollege Rehrhorn;
4. Verschiedenes.

Aus dem Geschäftsbericht war zu entnehmen, daß die Filiale Gotha und die Zahlstelle Ruhla einen Sommerbeitrag von 60 J erheben. Die Zahlstelle Mühlhausen erhebt einen solchen von 55 J. Alle übrigen Zahlstellen haben einen Beitrag von 50 J. Im Winter wird in der Filiale sowie in sämtlichen Zahlstellen ein einheitlicher Beitrag von 25 J erhoben.

Von großem Interesse war eine vom Geschäftsführer gemachte Aufstellung über die im letzten Jahre gemachten Einnahmen und Ausgaben in den Zahlstellen. Es ging aus derselben hervor, daß die Einnahmen der Zahlstellen zum größten Teil wieder durch die Ausgaben derselben absorbiert wurden, daß also die Nebenart der Zahlstellen

fällen nur die Paffe der Filiale" damit ad absurdum geführt worden ist.

Im Geschäftsbericht wurden weiter alle Einrichtungen der Filiale einer kritischen Würdigung unterzogen und Vorschläge für Verbesserungen gemacht. Die Vertrauensleute waren mit den Maßnahmen der Filialverwaltung und der Geschäftsführung einverstanden und es konnte in der Diskussion auch die erfreuliche Tatsache konstatiert werden, daß man sich auch im allgemeinen darüber einig war, daß nur durch einen hohen Beitrag die Leistungsfähigkeit der Filiale erhöht werden kann.

Ein außerordentlich wichtiger und interessanter Punkt war Punkt 2 der Tagesordnung: "Unsere Statistik". Um die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Filiale und in den Zahlstellen zu ergründen, wurde im Frühjahr in Gotha beschlossen, eine Statistik aufzunehmen und jeden Monat zu wiederholen. Es sollte vor allen Dingen neben dem Lohne die Arbeitslosigkeit, die Krankenziffer und die Ueberstundenarbeit festgestellt werden.

Die Beteiligung an der erstmaligen Aufnahme war eine ziemlich laue und es zeigte uns die Laueheit, wie groß die Interessiertheit und der Unverstand bei unseren Kollegen gegenüber solchen für sie und die Organisation so äußerst wertvollen Erhebungen ist. Den Vertrauensleuten, die die Karten zur Ausfüllung den Kollegen überbrachten, wurde erklärt, daß man die Ausfüllung verweigere, alle möglichen und von der Unkenntnis der Bedeutung einer Statistik zeugenden Argumente wurden zur Begründung des eigentümlichen Gebahrens vorgebracht und dadurch erreicht, daß eine große Anzahl Kollegen den Wert der statistischen Erhebung ganz gewaltig verringerte.

Im nächsten Monat, als die Statistik zum zweiten Male aufgenommen werden sollte, war das Resultat ein noch viel traurigeres und es ist geradezu ein beschämender Zustand, daß die Kollegen in Gotha, die doch nur durch die Organisation ihre Verhältnisse verbessert haben, sich weigern, etwas zu unterstützen, was zur weiteren Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage führen soll. Die erstmalige Aufnahme der Statistik hat uns aber gezeigt, daß die Kollegen Gothas alle Ursache haben, die Fragekarten jeden Monat regelmäßig auszufüllen, denn das Material, das gewonnen wurde, hat so viel uns bisher Unbekanntes zutage gefördert, daß wir alle Ursache haben, die Sache weiter zu verfolgen und auf Abstellung der aufgedeckten Mängel zu dringen.

Von 280 ausgegebenen Fragekarten waren 225 wieder zurückgegeben worden. Von diesen 225 waren 189 von den Malern und Tischlern ausgefüllt, während die übrigen 36 von den in den einzelnen Fabrikbetrieben arbeitenden Lackierern ausgefüllt waren. Von den 189 waren 66 Kollegen ledig und 123 Kollegen verheiratet mit 193 Kindern. Diese große Mehrzahl der Kollegen war über 30 Jahre alt und ein großer Prozentsatz über 40 und über 50 Jahre alt.

Der Lohn betrug im Durchschnitt 41 1/2 J pro Stunde. Von den 189 Kollegen hatten 12 Kollegen Ueberstunden gemacht und zwar 208. Bemerkenswert ist dabei, daß ein Kollege von den 12 in einem Monat 102 Ueberstunden gemacht hat.

Krank waren 13 Kollegen 180 Tage. Die Art der Krankheit zeigt uns, daß hier in Gotha noch sehr viel Bleiweiß verarbeitet wird. Es waren krank: 1 Kollege an Erhaltung, 1 Kollege an Augenkrankheit, 2 Kollegen an Rheumatismus, 2 Kollegen an Magenleiden, 4 Kollegen an Bleibergiftung und Meitokit, 1 Kollege an Verletzung eines Fingers und ein Kollege an Fußverstauchung. Da nun laut Erfahrung die meisten Erkrankungen an Rheumatismus und Magenleiden mit auf die gesundheitsschädlichen Einflüsse in unserem Berufe zurückzuführen sind, so ist die Mehrzahl der Erkrankten tatsächlich an den schädlichen Folgen des Bleiweißes zu Schaden gekommen.

Bei den Lackierern war die Krankenziffer noch viel größer. In einem Lackierbetrieb, in dem 8 Fragekarten ausgefüllt wurden, waren 5 Kollegen krank und zwar 1 Kollege an Rheumatismus, 1 Kollege an Magenleiden und 3 Kollegen an Bleibergiftung; dabei sind aber von fast allen Kollegen in diesem Betriebe Ueberstunden gemacht worden. Im allgemeinen hat jeder Kollege in dem einen Monat 80 Ueberstunden gemacht; ein Kollege, der acht Tage krank war, hat trotzdem noch 120 Ueberstunden in einem Monat gemacht. Das sind Zustände, die tatsächlich jeder Beschreibung spotten. Tag und Nacht und Sonntags ist in diesem Betriebe geschuftet worden und es ist gar kein Wunder, wenn unsere Kollegen bei solch einer Arbeitsmethode zugrunde gehen. Mit diesem Betriebe werden wir uns noch näher zu befassen haben.

Daß solche Mängel hier bestehen, hat niemand geglaubt und es ist lediglich nur der Statistik zu verdanken, daß wir Kenntnis von solch schauerhaften Dingen bekommen haben. Die Kollegen Gothas werden nun einsehen, daß die regelmäßige Aufnahme der Statistik in ihrem eigensten Interesse liegt.

Die Statistik wurde auch in den Zahlstellen aufgenommen und förderte trotz lauer Beteiligung ebenfalls wichtiges Material für uns zutage. Die Konferenz erkannte einstimmig an, daß es eine unbedingte Notwendigkeit sei, die Statistik in allen Zahlstellen, die zur Filiale gehören, regelmäßig jeden Monat aufzunehmen, damit fortlaufend festgestellt werden kann, wie die Verhältnisse sich gestalten. Vom November an wird in Gotha und sämtlichen Zahlstellen die Statistik aufgenommen.

Zum 3. Punkt der Tagesordnung hielt Kollege Mehrhorn einen instruktives Referat über "Praktische Agitation im Bezirk der Filiale Gotha". Der Referent trug bei Erörterung der einzelnen Fragen den Verhältnissen der einzelnen Orte Rechnung und zeichnete so eine Grundlage, auf der erfolgreich gearbeitet werden kann. Mit Beginn des Frühjahrs wird in ganz Thüringen eine intensive Hausagitation phasenmäßig entfaltet werden, um in allen, selbst in den kleinsten Orten, die Kollegen für den Verband zu gewinnen. Die Vorarbeiten zu dieser Aktion sollen rechtzeitig in Angriff genommen werden, damit auch alles klappert. Es muß in Thüringen dahin kommen, daß alle Kollegen unserem Verbands angehören.

Ueber die Agitation in den Werkstätten und auf den Arbeitsplätzen wurde ebenfalls gesprochen und bestimmte Direktiven gegeben.

Unter "Verschiedenes" wurde über die Kontrollkarten, über die Abrechnung der Zahlstellen mit der Filiale gesprochen und noch verschiedene Fragen verwaltungstechnischer Natur erledigt.

Die erste Konferenz hat die Notwendigkeit ihrer Tagung bewiesen und alle Teilnehmer sind mit dem Bewußtsein von Gotha geschieden, an diesem Tage wertvolle Arbeit für die Filiale sowie für die Bewegung in Thüringen geleistet zu haben.

Sobald die Notwendigkeit einer weiteren Konferenz sich herausstellt, werden wir unsere Vertrauensleute wiederum zu gemeinsamer Beratung zusammenrufen. Bis dahin hat jeder gemäß der Aussprache auf der letzten Konferenz im Sinne derselben in seinem Orte zu wirken.

Samborn. In der letzten Versammlung vom 14. November beschäftigten sich die Mitglieder mit den Mängeln, die sich aus der auch hierorts bemerkbar schlechten Konjunktur entwickelt haben. Ganz besonders vermiffen wir aus diesem Grunde so manche strebende Kollegen. Denn in den Vorjahren hatten wir die erfreuliche Tatsache zu verzeichnen, daß die Kollegen aus Norddeutschland uns zum Herbst besuchten und uns in der Agitation kräftig zur Seite standen. Wir haben zwar hier im schwarzen Kohlenpott seit 1 1/2 Jahren auch einen Tarif. Dieser scheint aber für die Arbeitgeber nicht mehr zu bestehen. Wenn sie den Tarif auch nicht buchstäblich durchbrechen, so versuchen sie es doch, die Gehälften auf allerlei Weise zu dupieren. So trifft dies auch auf die Werkstelle Schlichthorn zu, trotzdem Herr S. Vorsitzender der Schlichtungskommission ist. Herr S. hat nämlich Kolonien übernommen und mißte deshalb (laut Tarif) Fahrtvergütung und Landzulage zahlen. Nun hat der Meister aber die ganze Arbeit in Akford vergeblich und denkt dadurch sich von obigen Verpflichtungen drücken zu können. Er zieht den Kollegen im Gegenteil für die Hinfahrt noch eine Stunde vom Lohn ab. Wie sich der arme Lehrling auf dem 2 1/2stündigen Wege dahin mit dem Viehkarren abmüht, davon vielleicht später mal. Nun die famosen Akfordpreise. Für den Quadratmeter Kalkfarbe gibt es 1 1/2 J; für Feinfarbe 8 J (die meisten Wände müssen aber zweimal gestrichen werden); für Fußböden, dreimal streichen und kittet, gibt es pro Quadratmeter 10 J; für Türen bei gleicher Behandlung 4 Türen 1,25 Mark und für Fußleisten, dreimal streichen und kittet, pro Quadratmeter 10 J. (1) Schablonieren mit Strichziehen wird der laufende Meter mit 4 J bezahlt. Selbstredend haben wir die Beschwerden der Kollegen der Schlichtungskommission gemeldet. Wenn wir dies jetzt veräumen würden, stände der Tarif nächstes Frühjahr nur noch auf dem Papier. Hoffen wir, daß die Kollegen durch solche Vorkommnisse zu der Erkenntnis kommen, daß sie Mann für Mann sich der Organisation anzuschließen haben. Denn nur, wenn wir einig und geschlossen dastehen, wird es ermöglicht, unsere Lebenslage zu verbessern und Mängeln jeglicher Art in der energischsten Weise erfolgreich entgegenzutreten.

Gewerkschaftliches und Soziales.

Sehr vernünftige Bemerkungen finden wir im Verbandsorgan der Zimmerer. Der Redakteur richtet bei Beginn einer Diskussion folgende Mahnung an die Teilnehmer von Diskussionsartikeln: "Wir müssen wiederum bitten, bei den Auseinandersetzungen nicht mit Worten zu operieren, die doppelsinnig sind, also für verschiedene Begriffe gebraucht werden. So heißt es: "Idealismus" und "der Klassenkampfgedanke" müssen in die Massen getragen werden. Wir haben nichts dagegen, nur muß, wer solche Redewendungen gebraucht, auseinandersehen, was darunter verstanden werden soll. Unter "Idealismus" versteht man nach Wurm's "Volkstexten", dem in Arbeiterkreisen gebräuchlichsten Nachschlagebuch: Schilderungen und künstlerische Darstellungen der Menschen und Dinge, wie sie sein sollten, statt wie sie sind; Sinn und Streben für Verbesserung des Wirklichen, im Kleinen wie im Großen; die Liebe zu den höheren Gütern des Wahren, Guten, Schönen, statt nur zu Reichtum und sinnlichen Genüssen. "Idealismus" wird aber auch angewandt zur Bezeichnung verschiedener Systeme, die den Geist der Materie überordnen, also die antisozialdemokratisch sind. Soll also mit "Idealismus" nur bezeichnet werden: "Sinn und Streben für Verbesserung des Wirklichen, im Kleinen wie im Großen", dann ist er schon immer durch die Verbandsagitation, in die Massen getragen" worden, und dieser "Idealismus" muß selbstverständlich auch fernerhin in die Massen getragen werden.

Wesentlich und deshalb unklar ist auch der "Klassenkampfgedanke". "Der Versuch, sich in einer einzelnen Fabrik oder auch in einem einzelnen Gewerk durch Streiks usw. von den einzelnen Kapitalisten eine Beschränkung der Arbeitszeit zu erringen, ist eine rein ökonomische Bewegung" — schreibt Karl Marx am 23. November 1871 an F. Volte — "dagegen die Bewegung, ein Achtstundentag usw. Gesetz zu erwirken, ist eine politische Bewegung". Eine Bewegung, "worin die Arbeiterklasse als Klasse den verschiedenen Klassen entgegentritt", heißt nach Marx: "eine Bewegung der Klasse, um ihre Interessen durchzusetzen in allgemeiner Form, die allgemeine gesellschaftlich zwingende Kraft besitzt". Hingegen schrieb der "Vorwärts" in seiner Nummer vom 25. März 1906: "Ein proletarischer Klassenkämpfer ist nur der, der die Erscheinungen des sozialen Lebens unter dem Gesichtspunkt betrachtet, inwieweit sie dem Fortschritt, der historischen Mission der Arbeiterklasse nützen, oder, um mit Lassalle zu sprechen, wie weit sie dem Zweck dienen, das Prinzip der Arbeiterklasse zu dem herrschenden Prinzip des Staates und der Gesellschaft zu machen. Nur wer diese Prüfung vollzieht und sie für sein politisches Wollen und Wirken als Richtschnur nimmt, kann als bewußter Klassenkämpfer gelten."

Der alte Liebknecht pflegte den Begriff "Klassenkampf" so zu definieren: Die Bourgeoisie, also die besitzende Klasse, hat das Interesse, die nichtbesitzende Klasse mehr und mehr auszubeuten, und die nichtbesitzende Klasse, das Proletariat, hat das Interesse und wird durch sein Interesse dazu gezwungen, in Notwehr gegen die Bourgeoisie zu kämpfen. Dieser Angriffskrieg des Kapitals gegen die Arbeit und dieser Verteidigungskrieg der Arbeit gegen das Kapital ist der Klassenkampf. Mit dem Worte "Klassenkampf" bezeichnet man nicht eine einzelne fortgesetzte Tätigkeit, sondern einen großen Komplex von

Tätigkeiten. Der Klassenkampf — in seinem ganzen Umfange aufgefaßt — ist ein gesellschaftliches Faktum, das nicht an einzelne Formen, als seine ausschließlichen, gebunden ist. Nicht nur die Arbeiter führen den Klassenkampf, sondern er wird auch gegen die Arbeiter geführt. Wir verstehen unter Klassenkampf der Arbeiter "jede Bemühung der Arbeiter, eine Machstellung im Staate und in der Gesellschaft zu erobern und die erworbenen zu wahren und zu erhöhen." Die Verbandsagitation hat den Klassenkampfgedanken in dem Sinne schon immer "in die Massen getragen". Also wir sehen, wenn die Erörterungen sich nicht verknöten sollen, dann dürfen wir nicht mit Worten operieren, die so vieldeutig sind, wie "Idealismus" und "Klassenkampfgedanke".

Diese beherzigenswerte Mahnung gilt auch für andere Worte, mit denen die verschiedensten Begriffe verbunden werden. Eine klare Festlegung dieser vieldeutigen Begriffe ist notwendig, wenn man sich in einer Diskussion gegenseitig verstehen will. Ueberrassend redet und schreibt man aneinander vorbei.

Die Berliner Zahlstelle des Deutschen Buchbinderverbandes blickt in diesen Tagen auf ihr 25 jähriges Bestehen zurück. Unlänglich dieser Jubiläumsfeier wurde von 6 Mitgliedern der Zahlstelle, den Gen. Jost, Garder, Schulze, Hytomski, Würzberger und Brüdner, gemeinschaftlich eine Geschichte der Berliner Buchbinderbewegung als Festschrift herausgegeben. Demnach datieren die ersten Anfänge der Berliner Buchbinderbewegung aus dem Jahre 1848. Im Laufe der Jahrzehnte wurden sodann verschiedene Versuche zur Schaffung einer Organisation unternommen, die indes aus verschiedenen Ursachen keine durchgreifenden Resultate erzielen konnten. Erst mit der Gründung des "Unterstützungsvereins der Buchbinder und verwandten Berufsgruppen", die am 28. November 1883 erfolgte, wurde eine dauernde organisatorische Verbindung der Berliner Buchbinder geschaffen, die auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse einen Einfluß zu gewinnen suchte. Ein Jahr später wurde in der "Allgemeinen deutschen Buchbinderzeitung" ein weiteres Organ zur Vertretung der Interessen der Berufsgruppen in ganz Deutschland geschaffen. Das Blatt erschien zunächst in Berlin, wurde aber später nach Stuttgart verlegt. Inzwischen war auf einem Kongreß in Offenbach am 4. April 1885 der Unterstützungsverband der Buchbinder usw. gegründet worden, aus dem der Berliner Verein später ausgeschlossen wurde. Der letztere wurde sodann im "Fachverein der Buchbinder" reorganisiert. Die Festschrift enthält über die Schikanierungen, die von den Behörden in jener Zeit gegenüber den Verbindungen der Arbeiter beliebt wurden, einige ganz interessante Belege. Nach der Gründung des Buchbinderverbandes traten dann im Jahre 1893 die organisierten Buchbinder Berlins dem Verbands bei. Die Mitgliederzahl betrug im Jahre darauf 1099; zurzeit beträgt sie dagegen 6231. Wir können nur wünschen, daß der Verein auch fernerhin gedeihen möge, als bester Schutz und Hort der Berliner Buchbinder.

Der Verband der Barbier- und Friseurgehilfen hat infolge der rückständigen Verfassung dieses Gewerbes mit den größten Schwierigkeiten zu kämpfen, um eine fruchtbringende Agitations- und Organisationsarbeit zu entfalten. Der 5. Gewerkschaftskongreß in Köln erklärte deshalb, daß es notwendig sei, daß die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter dem Verbands ihre Mitarbeit angedeihen lassen. Erntet richtet nun die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands an alle gewerkschaftlich organisierten Arbeiter die Aufforderung, dem Verband der Friseurgehilfen in der Agitation um Heranziehung der Gehilfen zur Organisation nach besten Kräften beizustehen. Die örtlichen Gewerkschaftskommissionen und Partelle mögen die Frage prüfen und erörtern, in welcher Weise, entsprechend den örtlichen Verhältnissen, diese Agitation am wirksamsten gefördert werden kann. Dabei stellt der Verbandsvorstand Agitationsmaterial — Flugblätter, Zeitungen, Statuten — jederzeit zur Verfügung. Wir hoffen dringend, daß es den vereinten Kräften der Arbeiterschaft gelingen wird, die der Organisation in diesem rückständigen Berufe sich entgegenwürfenden Hindernisse zu überwinden und durch Schaffung eines starken Gehilfenverbandes auch auf eine gesündere Entwicklung der Berufsverhältnisse hinzuwirken.

Um Agitationsmaterial und sonstige Aufklärungen wende man sich an den Verbandsvorstand F. r. E. h. t. o. r. n., Berlin N. 68, Stolpischestr. 56.

Die 6. Konferenz der Gewerkschaften Elsaß-Lothringens fand am 15. November d. J. in Straßburg statt. Sie war von 48 Delegierten, von einem Vertreter der C. S. Parteiorganisation und dem Gen. Rube von der Generalkommission besucht. Aus dem von Gewerkschaftssekretär Imbs erstatteten Bericht für die Zeit 1905 bis 1908 ist zu entnehmen, daß die Gewerkschaften in Elsaß-Lothringen bisher auch einen schweren Kampf zu führen hatten, sowohl mit den Behörden als mit den Parteien und Unternehmern. Gleichwohl hat die Organisation recht gute Fortschritte gemacht. Während im Jahre 1905 7313, zu Beginn 1907 11.000 Mitglieder in ganz Elsaß-Lothringen gezählt wurden, betrug am 1. Januar 1908 die Mitgliederzahl allein in Ober- und Unter-Elsaß 18.852. Allerdings liegt der Zuwachs hauptsächlich in den größeren Städten: Straßburg, Kolmar und Müllhausen, aber auch auf dem flachen Lande und in den Vogelsteinern ist ein merklicher Fortschritt zu verzeichnen. Seit Beginn 1908 ist infolge der Krise ein kleiner Rückgang in der Mitgliederzahl der Gewerkschaften bemerkbar. Die Mitgliederzahl fiel auf rund 17.000; davon gehören der Stadt Straßburg an 7996, der Stadt Müllhausen 6212, Kolmar 2028, Martrich 464 usw. Die Ausgaben der Agitationskommission belaufen sich auf 6752, die Einnahmen auf 7090 M.

Zur der Grubenkatastrophe auf Reche "Radob" wurde folgende Resolution angenommen: Die Konferenz spricht den Hinterbliebenen der durch die kapitalistische Produktionsweise hingemordeten Bergleute ihr tiefstes Beileid aus; sie betrachtet es angesichts des erschütternden Unfalls als unbedingte Pflicht der Arbeitervertreter, in den gesetzgebenden Körperschaften des Reiches und der Bundesstaaten fortgesetzt mit allem Nachdruck ausreichende Arbeiterschutzgesetze und volle Koalitionsfreiheit zu fordern. Nach einem Vortrag über die Krise und Gewerkschaften wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: "Die Konferenz erblickt in der Krise und der

Arbeitslosigkeit notwendige Begleiterscheinungen der kapitalistischen Produktionsweise, deren Beseitigung im Rahmen der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung daher nicht möglich, deren Wirkungen durch Ergreifung geeigneter Maßnahmen von Staat und Gemeinden aber abgeschwächt werden können. Die Konferenz glaubt in der staatlichen Versicherung gegen Arbeitslosigkeit auf der Grundlage des Benter Systems eines der geeignetsten Mittel erblicken zu dürfen, um den verheerenden Begleiterscheinungen der Arbeitslosigkeit in bestimmten Grenzen entgegenzuwirken. Solange der Staat eine Versicherung gegen Arbeitslosigkeit nicht durchführt, erachtet es die Konferenz als Pflicht der Gemeinden und Kommunalverbände, selbst die Initiative auf diesem Gebiet zu ergreifen. Des weiteren erachtet es die Konferenz als selbstverständliche Pflicht von Staat und Gemeinden, der Arbeitslosigkeit durch Bereitstellung geeigneter Arbeiten entgegenzuwirken."

Ein Vortrag über das neue Vereinsgesetz und der Beschluß, demnächst in eine Agitation für Einführung des Gewerbegerichtsgesetzes in Elsaß-Lothringen einzutreten, bildeten den Schluß der Tagung.

Maß zu halten ist auch diesen Wahlspruch des alten Philosophen Pitakos aus Mytilene macht die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ sich zu eigen, indem sie ihn als Ueberschrift eines Artikels benutzte. Im ersten Augenblicke glauben wir, die „Arbeitgeber-Zeitung“ wolle ihren Lesern empfehlen, sie möchten in der Ausbeutung Maß halten, bei näherem Zusehen aber merken wir, daß sich die Warnung auf den Kinderschutz bezog. Im Schutz der Kinder soll Maß gehalten werden, um die Ausbeutungsfreiheit zu schützen — das ist die Forderung des Scharfmacherorgans.

Der Artikel fängt ganz philosophisch an: „Die Ueberschätzung des sittlichen Wertes der unbeschränkten Selbstbestimmtheit, die der neuzeitlichen Gesetzgebung das charakteristische Gepräge verliehen hat, mußte notwendigermaßen zur außerordentlichen Verschärfung des Daseinstampfes führen. Um nun die Folgen dieser unliebsamen Erscheinung nach Möglichkeit weit zu machen, schritt man zur Inangriffnahme gesetzgeberischer Maßregeln, die darauf abzielten, den im Daseinstampfe besonders exponierten Elementen gewisse Sonderrechte zu schaffen. Es konnte nicht ausbleiben, daß dergleichen die mit so heißer Mühe beseitigten Schranken durch neue Schranken ersetzt wurden, an deren Vorhandensein die beteiligten Kreise schließlich den gleichen Anstoß nehmen dürften, wie ebendamals dem Mangel persönlicher Freiheit auf gewerblichem und politischem Gebiete. So versprechen, um nur eins hervorzuheben, die ursprünglich von der Aufhebung des Lokalisationsverbots abzuleitenden Bestrebungen schematischer Regelung der Arbeitsverhältnisse, als deren konkreter Ausdruck die kollektiven Arbeitsverträge (Tarifverträge) mit ihrem Gefolge von Schiedsämtern, Schiedsgerichten und prozessualen Auseinandersetzungen zu gelten haben, zu einer solchen Unterbindung der individuellen Entscheidungsfreiheit Veranlassung zu geben, daß davon mit Sicherheit eine verhängnisvolle Beeinträchtigung der industriellen und gewerblichen Leistungsfähigkeit zu befürchten ist.“

Nach diesem philosophisch klingenden Brimborium kommt der Artikelschreiber auf sein eigentliches Thema: „Sehr bezeichnend nach dieser Richtung hin ist die Tatsache, daß sich neuerdings nicht unerhebliche Meinungsverschiedenheiten innerhalb der unmittelbar interessierten Kreise darüber bemerkbar machen, ob man nicht auf dem Gebiet der Kinderschutz-Gesetzgebung schon heute beträchtlich über das Ziel hinausgeschossen ist. Zweifelsohne verdient die Lösung der Frage, wie wir unsere Kinder zu tüchtigen, sittlich gefestigten und lebenskräftigen Menschen heranziehen können, ebenso aus Rücksicht der Humanität wie aus denen der Vaterlandsliebe den Vorrang vor der Erledigung der meisten gesellschaftlichen Probleme der Gegenwart. Es ist deswegen an sich mit hoher Freude zu begrüßen, daß die Gesetzgebung der leider vielfach obwaltenden Meinung, die Kinder schon im zartesten Alter zu gewerblicher Tätigkeit anzuhalten, einen Damm entgegengebaut hat. Und trotzdem stellt sich heraus, daß die Fassung dieser Gesetzgebung den tatsächlich obwaltenden Verhältnissen infolgedessen nicht genügend Rechnung getragen hat, als der beabsichtigte Zweck vielfach in sein Gegenteil verkehrt wird. Zum Beweise dessen sei das folgende Vorkommnis angeführt: In einer großen Anzahl von fabrikmäßigen Betrieben, die sich mit der Herstellung von Christbaumschmuck und ähnlichen Weihnachtsartikeln, von Konfitüren, Festbäckereien u. dgl. befassen, bestand Jahre hindurch die Gewohnheit, einige Wochen vor Weihnachten mit Einwilligung der Schulbehörde eine Anzahl von schulpflichtigen Kindern über 13 Jahren mit der Verpackung der fertigestellten Artikel zu beschäftigen. Und zwar dauerte in den uns bekannten Fällen diese Arbeit etwa zwei Stunden täglich. Die Kinder selbst freuten sich erklärlicherweise darüber, daß sie derart Gelegenheit hatten, zur Weihnachtsfreude der ihrigen beitragen zu können. Auch unterliegt es wohl keinem Zweifel, daß in einer solchen Beschäftigung der Kinder ein schon aus Rücksichten ethischer Art durchaus einwandfreies Moment zu erblicken ist; ganz abgesehen davon, daß der Aufenthalt in gut durchwärmt und hellerleuchteten Räumlchen (denn nur um solche handelt es sich in den vorliegenden Fällen) gerade im Spätherbst auch in gesundheitlicher Beziehung der Möglichkeit bei weitem vorzuziehen ist, daß sich die Kinder auf den Straßen herumtreiben.“

Die Behörden hatten für die gesundheitlich-ethischen Ideale des betreffenden Fabrikanten kein Verständnis, sie erblickten vielmehr in der Beschäftigung der Kinder eine nackte Ausbeutung und eine Schädigung der Kinder, weshalb sie einschritten. Dies Einschreiten der Behörden erregt den Unwillen der „Arbeitgeber-Zeitung“. Sie tabelt diese „schlechterdings nicht zu rechtfertigende Bevormundung der erwerbstätigen Allgemeinheit“ und verurteilt „das für die Gegenwart so überaus bezeichnende Bestreben der mit der Ueberwachung des Erwerbslebens betrauten Instanzen, in zweifelhaften Fällen grundsätzlich zugunsten der weitgehendsten Auslegungsmöglichkeit sozialpolitischer Verfügungen zu entscheiden. Von Jahr zu Jahr nimmt nun die Zahl der Reglementierung des gewerblichen Lebens bestimmten Verfügungen zu, und mit dieser Zunahme wächst naturgemäß auch nicht nur die Gefahr der Interessenkollision, sondern auch die Unübersichtlichkeit des Materials, das der Private schon heute kaum noch

beherrschen kann, sei er Arbeitgeber oder Arbeitnehmer. Was aber wird die Folge von alledem sein? Die Stabilisierung eines bürokratischen Absolutismus, der aus tausend Gründen dem wirtschaftlichen Fortschritt der Nation noch viel hinderlicher sein muß, als es ebendem die von den Vorkämpfern einer freiheitlichen Entwicklung sicherlich mit vollem Recht verhorreszierte Zünftelei und die ihr gleichartigen Zwangsbestimmungen der früheren Epochen gewesen sind.“

Der kapitalistischen Weisheit letzter Schluß ist also die Ausbeutungsfreiheit oder die Raubtierfreiheit, wie man sie genannt hat. Daß die kapitalistischen Raubtiere für diese Freiheit schwärmen, wundert uns nicht, zum Glück sind die Arbeiter aber keine Gase mehr, die sich geduldig fressen lassen.

Etwas mehr Logik, Herr Finanzminister! In einer Rede, die der Finanzminister Freiherr v. Rheinbaben zur Begründung der neuen Steuern im Reichstage gegeben hat, heißt es: „Der Gedanke einer Reichsvermögenssteuer ist nicht durchführbar. Der Versuch dazu würde der Ruin der finanziellen Selbständigkeit der Einzelstaaten sein. Auch die wohlhabenden Kommunen sind zurückgegangen, deshalb darf man ihnen ihre Einnahmen nicht nehmen. Die Zahl der kleinsten Jenften mit 900—3000 M. Einkommen ist in den letzten Jahren von 8 auf 14 Millionen gestiegen. Die Gewerkschaften erheben pro Kopf der Mitglieder nicht weniger als 42 M. pro Jahr. Da ist das Reich, das gewiß für das Wohl der Arbeiter besorgt ist, berechtigt, den kleinen Mehrbetrag von 4,50 M. pro Kopf von den entbehrlichen Genußmitteln für sich zu beanspruchen.“

Der Finanzminister verwirft eine von Reich wegen einzuführende Besteuerung der großen Vermögen, weil dadurch die Finanzen der Einzelstaaten und der Gemeinden geschädigt würden; er befürwortet aber eine Besteuerung der kleinen Vermögen resp. Einkommen, trotzdem dadurch die Finanzen der Gewerkschaften erheblichen Schaden leiden werden. Ist es nicht unlogisch, die Einzelstaaten und Gemeinden zu schonen und die Gewerkschaften zu schädigen? Über der Herr Finanzminister sucht seine unlogische Handlungsweise dadurch zu begründen, daß er auf die Einnahmen der Gewerkschaften hinweist. Warum weist er nicht auch auf die Einnahmen der Einzelstaaten und Gemeinden hin? „Gleiches Recht für alle“ ist ja die Devise des modernen Rechtsstaates. Warum merkt man in der Praxis nichts davon?

Ferner ist es unlogisch, wenn der Finanzminister meint, weil die Gewerkschaftsmitglieder 42 M. jährlich pro Kopf zahlen (was überhaupt gar nicht zutrifft), habe das Reich auch das Recht, „den kleinen Mehrbetrag von 4,50 M. pro Kopf“, d. h. also ca. 20 M. pro Familie, von dem Arbeiter zu fordern. Die Gewerkschaftsmitglieder bekommen ihre Beiträge in Form von Streik- und Arbeitslosenunterstützung usw. wieder zurück, die Steuern, die sie dem Staate leisten, sind sie auf immer wieder zu sehen los; die Gewerkschaften verwenden ihre Gelder zum Wohle ihrer Mitglieder, der Staat findet seine Hauptaufgabe darin, die Bestrebungen der Arbeiter zu hemmen und zu vereiteln. Dazu gebraucht der Staat das meiste Geld, wie jeder Kenner der Verhältnisse weiß. Über etwas mehr Logik, Herr Finanzminister!

Beiläufig bemerkt, wenn es Mode zu werden, die Finanzkraft der Gewerkschaften als eine glänzende zu bezeichnen — die damit verbundene Absicht ist sehr durchsichtig — und damit den Reiz der besitzenden Klasse zu erregen. Wir lachen darüber.

Dom Ausland.

Oesterreich. Gesperrt sind in Graz sämtliche Wagenlackierereien, weiter die Werkstätten: A. Lelliche in Gypen bei Bozen, in Gmunden Friedrich Kluge und in Neustadt an der Tafelsichte die Werkstätte Josef Leibl.

Ungarn. Gesperrt sind die Städte: Kassa, Szekesfehervar und Temesvár. Die Fr. Schloßnischke Leistenvergoldungsfabrik und die Anstreicherwerkstätte Koh. Felderbaum in Budapest sind gesperrt.

Schweiz. Gesperrt sind: Heidegger in St. Gallen; die Werkstätten: Keller in Morges, Gust. & Jul. Müller in Wädenswil, Gebr. Beer in Andernatt.

Fachliteratur.

Anleitung zur Holzmalerei von Dr. J. Zahned. Dritte von E. Hebing völlig umgearbeitete Auflage. 80 S. 80. Preis brosch. 1,50 M. Druck und Verlag von E. Haberland, Leipzig. Die Holzmalerei von heute beschränkt sich nicht mehr wie früher auf die Verzierung kleiner Gebrauchsgegenstände, sondern zieht auch außer diesen ganze Zimmereinrichtungen in ihren Bereich. In solchen Fällen wird dann die Holzmalerei naturgemäß den Charakter von Intarsien erhalten. Es ist daher nur zu billigen, wenn der geschätzte Bearbeiter der vorliegenden dritten Auflage auf das Vorbild der Holzmalerei die echte Intarsie, auf ihre historische Entwicklung und technische Herstellung sowie ihre Nachahmung durch Malerei des Näheren eingegangen. Auch im übrigen dürfte die neue Auflage durch die Behandlung der Konturen, die ja in der Kunstfertigkeit der Neuzeit so hervorragenden Anteil in der Gestaltung der Ornamente nehmen, sowie durch eine detailliertere Anweisung zum Präparieren des Holzes und zum Polieren der Malerei eine wesentliche Bereicherung erfahren haben.

Da Novemberheft der deutschen Malerzeitung „Die Mappe“ enthält außer dem textlichen Teil Vorlage 86: Zwei Kinderzimmer, Vorlage 87: Altgothische Kreuzigungsgruppe, Vorlage 88: Motive für Gewölbmalereien, Vorlage 89: Majons, Vorlage 40: Bemalte Fahnenstangen. Das Abonnement dieser illustrierten Zeitschrift beträgt vierteljährlich 3 M. Verlag von Georg D. W. Callway in München.

Literarisches.

Die besonderen Bestimmungen der verschiedenen Patengesetze über die Patentierung chemischer Erfindungen. Herausgeber und Verlag: Dipl. Ing. Dr. D. Landenberger, Chemiker und Patentanwalt, Berlin SW. 61, Gilschinerstr. 14. Zum erstenmale wird mit diesem Buche eine derartige Zusammenstellung gegeben, um den

Interessenten im Einzelfalle die Orientierung zu erleichtern.

Geben erschien im Verlag von Roden u. Co., Dresden, ein Buch für Arbeiterkinder von Robert Gröbisch „Mausch Lustreise und andere Wunderlichkeiten“. 12 Geschichten für Arbeiterkinder. Reichhaltige Ausstattung von Robert Langbein, Dresden. 132 Seiten 8°. Preis gebunden 1 M. Der Verfasser will mit seinen Geschichten dem jugendlichen Kopf nicht etwa die Grundlage der Sozialdemokratie einpflanzen, denn das hieße einen Boden politisch beackern wollen, der für eine politische Beackung weder reif sein kann, noch soll. Aber das Buch will humorvolle Antworten geben auf all die naiven Fragen, die das Arbeiterkind an unsere kampflaute Zeit stellt. Nicht allein zu allgemeinen Tugenden, wie Tapferkeit, Mut, Wahrheitsliebe will das Buch erziehen, es will auch leuchtend machen all die Gefühlswerte und Ideale, die in der modernen Arbeiterklasse lebendig sind. So ist das treffliche Buch wohl geeignet dazu beizutragen, den proletarischen Nachwuchs lebensfröhlich und zukunftsfröhlich zu machen.

Verzeichnis empfehlenswerter Jugendschriften. Vom Bildungsausschuß der sozialdemokratischen Partei wird auch zum diesjährigen Weihnachtsest ein Verzeichnis von Jugendschriften herausgegeben, in dem 184 verschiedene Bücher für alle Altersklassen angeführt werden. Interessenten wird auf Wunsch das Büchlein von der Geschäftsstelle des Bildungsausschusses (Berlin SW. 68, Lindenstraße 3) zugesandt.

Le Traducteur (16. Jahrg.), The Translator (5. Jahrgang), El Traduttore (1. Jahrg.), Halbmonatschriften zum Studium der französischen, englischen, italienischen und deutschen Sprache. — Probennummern für Französisch, Englisch oder Italienisch kostenfrei durch den Verlag des „Traducteur“ in La Chaux-de-Fonds (Schweiz).

Briefkasten.

Berichtigung. In dem Artikel der Rubrik „Aus unserem Berufe“ in Nr. 47, Seite 372, muß es selbstverständlich „Der Deutsche Maler“ heißen. Für Leute, die lesen können und sich einigermaßen in dem Wirrwarr der Unternehmerpresse auskennen, war es ohnedies klar, daß nicht das Unternehmerblatt „Der Maler“, gemeint sein konnte, da das Attribut „christlich“ beigelegt war. Denn zu einer solchen Dummheit, sich „christlich“ zu organisieren oder ein „christliches“ Fachorgan herauszugeben, hat sich noch keine Unternehmerkorporation hergegeben, solche Dummheiten überläßt man den Arbeitern.

Sterbefaßel.

München. Am 19. November erlitt unser Mitglied Mich. Fröschle im Alter von 30 Jahren durch einen Herzstillstand den Tod.

Am 21. November fiel unser Mitglied Heinrich Kramer im Alter von 33 Jahren einem Raubmord zum Opfer.

Duesseldorf. Am 16. November verstarb unser Kollege Fritz Klag aus Strahlheim im Alter von 28 Jahren an Chron. Bleibergiftung und Herzleiden.

Ehre ihrem Andenken!

Vereinsteil.

Bekanntmachung.

Ausgeschlossen auf Grund des Statuts § 7 e wurde das Mitglied Willy Binder, Buchn. 115 424 durch die Zahlstelle Apolda. Ferner das Mitglied Trapp, Buchn. 107693, durch die Filiale Birmahens.

Duplikat wurde ausgestellt für den Kollegen Kücking, Gust., Buchn. 34661, bezahlt bis 40. Woche 08 (Billingen).

Dem Kollegen Jakob Bils, Buchn. 59063, geboren am 6. Juni 1889 in Horschheim, eingetreteten am 7. Juli 1907 in Elberfeld, ist das Mitgliedsbuch nebst Reiselegitimation gestohlen worden.

Der Vorstand.

Bericht der Hauptkasse vom 24. bis 30. November.

Eingekammt wurde: Oberstein M. 20, Marburg 100, Thun 6,30, Saalfeld 50, Mühlhausen i. G. 100, Duisburg 150, Bütschwil 6,30, Neugersdorf 100, Stettin 400, Plauen 180.

Material wurde versandt:

B. = Beitragsmarken. R. = Kalender. Breslau 10 R. (f. Schweiz); Cöthen 10 R.; Finsterwalde 9 R.; Friedberg 200 W. a 60 S.; Hirschberg 100 W. a 50 S.; Lützenwalde 10 R.; Nordhausen 20 R.; Nürnberg 400 W. a 20 S. (für Frauen); Worms 200 W. a 60 S., 800 W. a 25 S.; Würzburg 2000 W. a 20 S. S. Wentfer, Kassierer.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Maler und verw. Berufsgenossen Deutschlands

(Eingeklebene Hülfskass Nr. 71.)

Bericht des Hauptkassierers vom 22. bis 28. November.

Ueberschüsse von den örtlichen Verwaltungen wurden eingekammt von: Behrens-Hamburg-Gimsbüttel 350 M.; Strud-Göttingen 60 M.; Rother-Adlershof 100 M.; Schreiner-Freiburg i. Br. 100 M.; Bösel-Birch i. Th. 50 M.; Heinde-Altendorf S.-W. 100 M.

Zuschüsse an die örtlichen Verwaltungen wurden abgeleitet an: Adam-Breslau 400 M.; Rudolph-Mannheim 100 M.; Hanusch-Bossen 50 M.; Schmid-Hell 500 M.; Dikler-Bogelad 100 M.; Krebs-Cassel 100 M.; Sellmuth-Düsseldorf 200 M.; Böhm-Frankfurt a. M. 120 M.

Krankengelder erhielten: Buchn. 13876 C. Jung in Weiden i. Th. 14,70 M.; Buchn. 344 V. Rielen in Bipp-springe 12,60 M.; Buchn. 33287 S. Bruns in Emden 12,60 M.; Buchn. 18807 B. Hilow in Pittsburg in Louisiana 23,60 M.; Buchn. 14834 F. Michalsen in Cutin 16,80 M.; Buchn. 30359 W. Koch in Koblau 10,50 M.; Buchn. 22455 W. Weber in Worms 12,60 M.

S. S. Wulle, Hamburg 22, Schmalenbenderstr. 17.

